

Montag, den 12. Juni 1933  
Nr. 134 — 91. (61.) Jahrgang

# Danziger Volksblatt Westpreußisches Volksblatt 90 Jahre Danziger Volksblatt

**Bezugspreis:** Durch Austräger oder Zweigstellen monatl. 2.50 Dts., durch die Post im Freistaat und Deutschland 3.00 Dts., nach Pommern durch Träger 4.00, durch die Post 4.25 Dts., nach Polen unter Kreisband 8.25 Dts., Einzelzettel 0.15 Dts., bzw. 0.25 Dts. Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik hat der Bezieher ob Differenz keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung, falls die Zeitung in beträchtlichem Umfang verspätet oder nicht erhoben, überwiesen. Manuskripte werden nicht zurückgegeben. Fernpreise: Geschäftsviertel und Redaktion 247.96 und 247.97. **Hauptabdruckstelle:** 248.9

# Anzeiger für den freistaat Danzig Pommern und die östlichen Gebiete

mit den Beilagen: „Kreuz und Krone“, „Literatur, Kunst und Wissenschaft“, „Der Rechtsfreund“, „Heimatländer“, „Die Welt der Frau“, „Kinderzeitung“, „Wochenend und Ferien“.

**Anzeigenpreise und -bedingungen:** Die einspaltige Millimeterseite (31 mm breit) oder deren Raum im Anzeigeteil 10 Pf. im Reklameteil (83 mm breit) 50 Pf. Auslandspreise, Beilagen und Rabattfälle nach Tarif. Auf amtliche Anzeigen kein Rabatt. Platz- u. Terminvorschriften sowie teleph. Bestellungen und Abbestellungen sind ohne jede Verbindlichkeit. Für Fehler infolge unbedeutlichen Manuskripts oder tel. Aussage keine Gewähr. Bei verspäteter Zahlung, Konkurrenzen, Vergleichen und gerichtl. Betreibungen kein Rabatt. Gerichtsstand: Danzig. Telef. Adresse: Landesaktion Danzig.

# Borzeitiger Abbruch des Ersten Deutschen Gesellentages

Immer wieder Zusammenstöße — Die für gestern vorgesehenen Veranstaltungen einschließlich der Pontifikalmesse mußten ausfallen — Vorzeitiger Abtransport — Schwere Anklagen der bayerischen politischen Polizei gegen die Leitung des Gesellentages und gegen die katholischen Gesellen.

Das halbmärtliche Wolffsche Telegraphenbüro meldet aus München: Die bayerische politische Polizei sah sich Sonnabend abend gezwungen, zum Schutze der Mitglieder der katholischen Gesellenvereine und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit ein Verbot des Tragens von Uniformen und uniformähnlicher Kleidung, insbesondere des orangefarbigen Hemdes durch Mitglieder der katholischen Gesellenvereine zu erlassen. Die für Sonntag vorgesehenen Veranstaltungen, darunter die Pontifikalmesse, sind abgesagt worden. Wie im Laufe des Sonntags auch wiederholt verbreitet, wurde die für Montag vorgesehene Absfahrt der Sonderzüge, die die Teilnehmer des Gesellentages in ihre Heimat zurückbringen, um 24 Stunden vorverlegt, so daß im Laufe der Nacht der Großteil der Teilnehmer München wieder verläßt.

Die Leitung des Deutschen Katholischen Gesellentages in München hat sich gezwungen gesehen, den Gesellentag vorzeitig zu schließen. Wie die bayerische politische Polizei hierzu mitteilte, hatte die bayerische Regierung auf Vorstellung der Leitung des Deutschen Gesellenvereines, die Abhaltung der Tagung, die zuerst verboten worden war, unter verschiedenen Bedingungen zugelassen, deren Erfüllung von der Leitung des Gesellenvereins zugesagt worden war. Eine große Anzahl der Teilnehmer trat aber ohne Rücksicht auf die Stimmung der Bevölkerung in einer Uniform auf, die dem Brauhemd ähnlich (Sie ist nicht ähnlich, sondern die Gesellen tragen ein sich stark abhebendes orangefärbenes Hemd D. Schriftstlg.) war und in weiten Kreisen der nationalsozialistischen Bevölkerung als Missbrauch des Brauhemdes angesehen wurde. Infolgedessen kam es in der Stadt zu erheblichen Ausschreitungen. Um weitere Störungen zu verhindern, wurde auf Weisung des Innenministers nochmals auf das bereits bestehende Uniformverbot hingewiesen, zumal auch zu befürchten stand, daß sich auch Ausschreitungen gegen die zahlreich anwesenden geistlichen Führer der weltlichen Vereine (Der katholische Gesellenverein ist kein weltlicher Verein, D. Schriftstlg.) ereignen würden. Unter unrichtiger Weitergabe der seinerzeitigen Verbotsgründe brachte die Leitung des Gesellentages den Vizekanzler von Papen und den bayerischen Wirtschaftsminister Graf Quadt in die unangenehme Lage, unter diesen schwierigen Umständen als offizielle Vertreter an dieser Tagung teilzunehmen.

In der Nacht auf Sonntag mussten wiederholt die bereitgestellten Ueberfallkommandos ausrücken, um bei den zahlreichen Zusammenstößen einzugreifen, die durch die trotz des Uniformverbotes in Uniform angetretenen Mitglieder der Gesellenvereine hervorgerufen wurden. Diese wiederholten Zusammenstöße haben bewiesen, daß die Mitglieder der Gesellenvereine nicht die Disziplin gewahrt haben, die man zur ungestörten Durchführung dieser Tagung von ihnen erwarten mußte. Aus diesem Grunde läßt sich die Leitung des Gesellentages von sich aus gezwungen,

den Gesellentag vorzeitig zu schließen.  
Als spontane Antwort auf das undisziplinierte Auftreten einer großen Zahl der Teilnehmer des Gesellentages veranstaltete die Münchener SA und SS heute vormittag einen Aufmarsch, der mustergültig diszipliniert verlief. Zusammenfassend ergibt sich die Tatsache, wie es in dem Bericht der politischen Polizei u. a. heißt, daß das ursprüngliche Verbot des Gesellentages nur zu gerechtfertigt war und die Verantwortung über diese unliebsamen Vorkommenisse und für die in die Bevölkerung hineingetragene Unruhe der Leitung des Gesellentages zuzuschreiben ist.

Was hier von der bayerischen politischen Polizei verbreitet wird, sind so ungeheuerliche Anklagen gegen die Gesamtleitung des katholischen Gesellenvereins und gegen die katholischen Gesellen überhaupt, daß wir sie nicht unwidersprochen hinnehmen können und daß sie sicher auch von der Leitung des Gesellenvereins nicht unwidersprochen hingenommen werden. Wir kennen die katholischen Gesellen als eine wohldisziplinierte Schar, und auch der große internationale Gesellentag vor einigen Jahren in Wien hat das bewiesen. Wir wollen zu diesen Vorgängen, die ein Alarmsignal für alle Katholiken sein müssen, nicht weiter Stellung nehmen und wir können nur unser Bedauern darüber aussprechen, daß die Leitung des Gesellenvereins sich nach dem wenige Tage vor Beginn des Gesellentages ausgesprochenen Verbot zu den weitgehenden Zugeständnissen bereit erklärt hat, um den Gesellentag abzuhalten. Nach dem Verbot und nach dem Kommentar, den z. B. der „Bölkische Beobachter“ dem Verbot gegeben hat, mußte man damit rechnen, daß auch bei größter Disziplin die Tagung nicht glatt verlaufen würde. Daß es aber in einer zu sechs Siebentelni katholischer Stadt nicht mehr möglich ist, die Tagung eines vollständig unter geistlicher Leitung stehenden Vereins durchzuführen, ist überaus bedenklich.

# Der Kampf um die 40-Stundenwoche auf der Internationalen Arbeitskonferenz

WTB. Genf, 10. Juni. Die heutige Frühssitzung der internationalen Arbeitskonferenz beschäftigte sich in allgemeiner Aussprache mit der Einführung der 40 stündigen Arbeitswoche in der Industrie. Der Führer der Arbeitgebergruppe, der dänische Delegierte Ørsted, erklärte im Namen der ganzen Gruppe mit Ausnahme des italienischen Vertreters, daß die Frage einer internationalen Regelung der 40stündigen Arbeitswoche nach Waffnung der Arbeitgeber

Eduard Dodd, der neue amerikanische Botschafter in Berlin

## Eduard Dodd, der neue amerikanische Botschafter in Berlin

W.B. Washington, 10. Juni. Präsident Roosevelt hat nach langem Suchen der Reichsregierung den bedeutenden amerikanischen Gelehrten und Kenner deutscher Verhältnisse William Edward Dodd als Berliner Botschafter vorgeschlagen und seine Ernennung soeben dem Bundesrat zur Bestätigung vorgelegt. William Edward Dodd ist 1869 in Nord Carolina geboren, hat in Leipzig unter Lampricht studiert, dort im Jahre 1900 seinen Dr. der Philosophie gemacht. Seit 1908 wirkt er als Professor für amerikanische Geschichte an der Universität Chicago. Dodd spielt eine führende Rolle im engeren Kreis der Demokratischen Partei und gilt als erfahrener Staatsmann. Er spricht gut deutsch und ist bekannt für sein stets korrektes und sachliches Urteil in allen außenpolitischen Fragen. Unter den von Roosevelt bisher ernannten Diplomaten gilt er als der hervorragendste. Seine Berufung bedeutet nach hiesiger Auffassung als ein Zeichen ehrlicher Freundschaft Roosevelts für Deutschland und als Beweis seines ernsten Bemühens, nach Berlin einen Mann zu senden, der für Deutschland sympathisches Verständnis hat und dessen Urteil in Washington bei Regierung und Kongress von wichtigem Einfluss sein dürfte.

## Bombenanschlag auf den Landeshauptmann von Steiermark.

„Wir haben uns in Deutschland“, erklärte der Redner, während der letzten Krisenjahre auf das Entschiedenste bestellt, möglichst viel Arbeitnehmer durch Verkürzung der Ar-

Die polnische Regierung hat beschlossen, eine neue Gesandtschaft in Lissabon einzurichten. Bisher war der polnische Gesandte in Madrid auch bei den portugiesischen Missionen in Rom und Madrid akkreditiert.

des Landeshauptmanns jedoch noch rechtzeitig sah, so daß das Auto abbremsen konnte, gab zu der Vermutung Anlaß, daß der Anschlag mit der Fahrt des Landeshauptmanns, der die Stelle 2½ Stunden vorher auf der Fahrt nach Brüx passiert hatte, im Zusammenhang stehe. An der Explosionsstelle wurden von der Gendarmerie zwei Mannesmannrohre gefunden, die als Explosionskörper gedient hatten und wahrscheinlich mit Ammonit gefüllt waren. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Auf Grund des Gesetzes vom 7. April 1922 hat die österreichische Bundesregierung die Verbreitung der in München erscheinenden Zeitung „Böllscher Beobachter“ (Süddeutsche Ausgabe) im Inlande auf die Dauer eines Jahres verboten. Der schwedische Reichstag hat in seiner gestrigen Sitzung einer Regierungsvorlage zugestimmt, die die Regierung erachtigt, das Tragen politischer Uniformen zu verbieten. In dem Dorfe Nantikow bei Arnswalde (Pommern) ist eine Anzahl Gußangestellter unter Paralyphus ähnlichen Ercheinungen erkrankt, die auf den Genuss von nicht einwandfreien Lebensmitteln zurückzuführen sind. 11 Personen waren betroffen. Die Täter könnten noch nicht ermittelt werden. Landeshauptmann Dr. Rintelen erklärte auf telefonische Anfragen, daß er die Nachricht von der Explosion erst erhalten habe, als er die Stelle bereitstellte passiert hatte. Man könne sich im gegenwärtigen Zeitpunkt vor dem Abschluß der behördlichen Untersuchungen noch kein Bild über das Attentat machen. Er wolle es dahingestellt sein lassen, ob der Bombenanschlag ihm galt. Zedenfalls sei eshaarsträubend, daß sich solche Dinge in Österreich ereignen können. Es werde Sache der Regierungsgewalt sein, hier mit rücksichtsloser

Zwei Angler, die am Sonntag mit einem kleinen Boot auf dem Ristow-See bei Belgard (Pommern) gefahren waren, um zu angeln, sind ertrunken. In der Mitte des Sees war das Boot gekentert. Der eine Angler war Kriegsbeschädigter und hatte nur ein Bein.

und hätte nur ein Stein. Inhalte Erinnerungszeitung.

## Die Bischöfe Deutschlands haben gesprochen.

## Gedanken aus und zu dem Hirten schreiben über das neue Deutschland.

Bon den Kanzeln aller katholischen Kirchen im ganzen Deutschen Reiche ist gestern das gemeinsame Hirten-schreiben aller deutschen Bischöfe lesen worden, daß wir bereits am Sonnabend in einem völlig unzulänglichen und wichtigste Teile fortenden Auszug des Conti-Dienstes veröffentlichten, das wir morgen im Wortlaut wiedergeben werden, und das wir heute schon der besonderen Beachtung unserer Leser empfehlen möchten. Denn kaum eine Kundgebung ist nicht nur im katholischen Volksteil nicht nur im Deutschen Reich mit solcher Spannung erwartet worden als dieses Hirten-schreiben der Bischöfe des Deutschen Reiches. Und andererseits sind auch die Bischöfe Deutschlands bewußt gewesen, viele Millionen Menschen auf ihr Wort sehnüchsig erwartet haben. Sie sind sich des ungeheuren Ernstes dieser Stunde bewußt gewesen, des Ernstes der gegenwärtigen Zeit, und sie sind sich bewußt gewesen, daß in diesen vielleicht ernstesten und entscheidungsschärfsten Zeiten, die unser deutsches Vaterland seit dem Kriege durchlebt, ein wahrhaft bedeutsames und richtweisendes Wort sprechen müßten, um nicht nur Freiheit zu schaffen bei gar manchen Kreisen im eigenen katholischen Lager, sondern grundsätzliche Klarheit in der Stellung der Katholiken zu Staat und als autorität, grundsätzliche Klarheit auch in dem Verhältnis von Staat und Kirche zu einander, grundsätzliche Klarheit über die Befugnisse und Grenzen des Staates, grundsätzliche Klarheit auch über die Folgerungen, die ein christlicher Staat und ein christliches Volk aus dem Christentum zu ziehen hat. Die katholischen Oberhirten in Deutschland sind sich der Werte dieser Stunde und der Tragweite ihrer Befragisse so bewußt gewesen, daß es, soweit wir unterstehen, das erste Mal ist, daß der gesamte Reichsdeutsche Bischofskongress zu einer Erklärung zusammengetreten ist. Denn dies Hirten-schreiben haben nicht — wie es sonst üblich war — die preußischen Kardele, Erzbischöfe und Bischöfe unterzeichnet, sondern die von Bayern, Württemberg, Baden und Hessen, also alle Oberhirten des gesamten deutschen Reichsgebietes. Auch das beweist die außerordentliche Bedeutung dieses Hirten-schreibens, es beweist aber die Einheit und Geschlossenheit des reichsdeutschen Bischofskongresses.

**Hoheit und Würde.** Das Hirten schreiben muß mit größter Genauigkeit gelesen werden, jedes Wort ist wohl abgewogen und Bedeutsam. Die Bischöfe nehmen nicht Stellung zu diesen oder jenen Einzelfällen — das ist nicht Aufgabe eines solchen Hirten schreibens — sondern sie stellen Grundsätze auf bzw. schärfen die für die gegenwärtige Lage gegebenen besonders ein. Von hoher katholischer Warte und aus dem Besitz der katholischen Wahrheit schauen sie auf die Zeitgeschehnisse herab und werden in ihnen aus der katholischen Wahrheit heraus Lehrer und Führer. Das Hirten schreiben verrät in jeder seiner Zeilen, ja in jedem seiner Worte die Hoheit und Würde der katholischen Kirche, die Klarheit und Festigkeit dieser von Christus eingesetzten Kirche, die ja die vollkommene Gesellschaft darstellt, die von Christus dem Herrn ihre Weisungen empfan gen hat und empfängt, und darum auch nur Gott allein verantwortlich ist. Frei und unabhängig steht die katholische Kirche da, frei und unabhängig verkennt sie jedem gegenüber ihre Lehre. Da ist keine Demagogie, da ist keine unmündige Propaganda, da ist kein Ruhm um die Gunst der Herrschenden oder des Volkes, da ist einzia die Stimme des Gewissens und der katholischen Wahrheit.

Die Bischöfe erkennen loyal an im neuen Deutschland, was gut ist, was anzuerkennen ist, was mit der katholischen Wahrheit in Einklang gebracht werden kann. Sie gehen dabei über aar manche unliebsame Tageserscheinung hinaus, schauen über sie hinweg in die Tiefe und anerkennen auch da die letztlich herrschende gute Absicht, wenn sie gar manche Taten selbst auch verurteilen und Kritik an ihnen üben, wenn sie auch offen aussprechen, daß sie wünschen und erwarten, daß diese mit der christ-katholischen Auffassung nicht in Uebereinstimmung zu bringenden Dinge nun endlich überwunden und auch gutgemacht werden.

Andererseits schauen sie auch die vielfach antikatholischen, ja antichristlichen Bestrebungen in weiten Reihen der Anhängerschaft der neuen Machthaber, sie schauen das Streben nach der ganzen Macht unter Ausschluß jeder andern Macht, das Streben nach voller und alleiniger Beherrschung der Menschen und sogar ihrer Gewissen, und da erheben die kirchlichen Oberhirten eindringlich warnend ihre Stimme, verkünden laut und nachdrücklich den unveränderlichen Standpunkt der katholischen Weltanschauung, betonen das Recht und die Freiheit des Einzelnen, betonen das Recht der Kirche und die auch dem Staate und den

Staatsgewalt gesetzten Schranken. — Sie verkünden natürlich grundsätzlich nichts Neues, ihre Gedanken bewegen sich in der Hauptfache besonders auch in Richtung der einschlägigen Enzyklika des großen Papstes Leo XIII., aber sie verkünden es in für die heutige Zeit besonders aktueller Weise und geben den Gläubigen Klarheit, Halt und Richtung, den Staatenkern und allen denen, die als besonders Drängende hinter diesen stehen, legen sie die katholische Stellungnahme offen klar und werden für sie zugleich auch Mahner und Warner.

\*  
Für uns keine Neu-  
einstellung nötig.

Frei und unumwunden und mit Nachdruck anerkennen und begrüßen die Bischöfe Deutschlands die in weitesten Kreisen neu erwachte Rückbesinnung auf das eigene Wesen der Nation, freimüdig aber bekennen sie auch, daß bei der grundsätzlich vaterländischen Haltung, die die deutschen Katholiken allezeit, insbesondere auch im letzten Jahrzehnt bewiesen haben, für sie „keine Neu-einstellung dem Volk und Vaterland gegenüber“ in Frage kommt. Es ist das dasselbe, was wir selbst vor nicht langer Zeit an dieser Stelle in bezug auf unsere vaterländische Gesinnung und die Aufbaupolitik am Staate mit den Worten ausgedrückt haben: „Wir Katholiken brauchen in dieser Hinsicht nicht eifrig zu erwachen, wir sind da allezeit wach gewesen!“ Dies Wort der Bischöfe ist aber zugleich auch eine bedeutsame Anerkennung für das unablässige vaterländische Wirken der deutschen Katholiken und ihrer Führer, denen ja gerade heute so oft die Anerkennung versagt wird. Für dieses Wort danken wir den deutschen Bischöfen ganz besonders.

Und wenn sie dann weiter das nationale Erwachen bei weiteren Volkskreisen begrüßen, hier auch unumwunden die diesbezüglichen Bemühungen im Nationalsozialismus — ohne ihn eigens zu nennen — anerkennen, so gehen sie dabei gleichzeitig einen erheblichen Schritt über den Vaterlandsbegriff des Nationalsozialismus hinaus, sie erweitern und vertiefen ihn noch um das „der natürlichen und christlichen Verbundenheit mit den anderen Völkern und den Völkerfamilien“, und vor allem „mit dem großen weltweiten Gottesreich auf Erden“.

\*  
Die Autorität und  
ihre Schranken.

Ein Zweites wird in dem heutigen Staate von den Bischöfen begrüßt und anerkannt, die starke Betonung der Autorität. Es ist gewiß richtig, daß in den verflossenen Jahren die Autorität oft nicht die Stellung einnahm, die ihr gebührte. Wir haben das oft genug bestätigt. Die katholische Kirche ist eine Volkskirche im wahrsten und besten Sinne des Wortes, aber sie ist in gleicher Weise auch „Autoritätskirche“ und zugleich Mutterin der Autorität. Was ist da natürlicher und selbstverständlicher, daß sie eine starke Staatsautorität auch begrüßt. Und mit vollem Recht können die Bischöfe betonen: „Es fällt uns Katholiken deswegen auch leichter schwer, die neue starke Betonung der Autorität im neuen deutschen Staatsweisen zu würdigen und uns ihr zu unterwerfen.“ Das ist katholische Selbstverständlichkeit, die die Katholiken allezeit selbst haben, geistig haben auch einem Staate und Regierungen gegenüber, die nicht nach ihrem Wunsch und Willen waren, die die Katholiken geistig haben zu einer Zeit, da Kreise, die heute diese Forderung für sich in Anspruch nehmen, noch nicht — wenigstens der damaligen Staatsautorität gegenüber noch nicht — anerkannten, die darob die Katholiken und ihre politische Vertretung angegriffen und angefeindet haben. Dem Katholiken ist die Anerkennung der Staatsautorität und der Autorität der Regierung — auch wenn diese nicht nach seinem Herzen ist — eine Selbstverständlichkeit, sie ist ihm religiöse Pflicht.

Freilich: Auch diese Staatsautorität hat ihre Grenzen. Wir Katholiken kennen und anerkennen keinen allmächtigen Staat und keine Allmacht der Regierenden. Wir sind uns bewußt, daß auch ihnen Schranken gesetzt sind, innerhalb welcher sie sich zu bewegen haben. Wir kennen auch eine persönliche Freiheit und eine Gewissensfreiheit, die Naturrecht sind und nicht angetastet werden dürfen. Autorität und Freiheit müssen sich in der rechten Weise verbinden. Dies zu betonen ist gewissen starken Strömungen in der Gegenwart gegenüber besonders notwendig, und die deutschen Bischöfe tun es mit großer Dringlichkeit: „Wir dürfen erwarten, daß die staatliche Autorität die menschliche Freiheit nicht mehr befehle, als es das Gesamtnachricht verlangt, sondern mit der Gerechtigkeit schmückt, und damit jedem Untertan das Seine gebe und lasse.“ Die Bischöfe warnen ausdrücklich vor jedem Missbrauch der Autorität den Rechten der Untertanen gegenüber, sei es nun Eigentum, Ehre oder Freiheit.

\*  
Für Freiheit, Ehre  
und Gleichberechtigung  
und Gleichberechtigung  
sind für jede Na-  
tion höchste Güter. Und

wenn die neue Staatsführung als ihre Ziele auffüllt die Befreiung der Nation, die Erneuerung der Volkskraft, die Einheit und die unverkürzbaren Rechte des deutschen Volkes, so wird auch das von den deutschen Bischöfen anerkannt, und sie finden — wie schon früher — scharfe Worte gegen die Unterdrückung und Bedrückung des deutschen Volkes durch die Siegerstaaten. Mit Nachdruck betonen sie die völkischen Rechte des deutschen Volkes, betonen sie die Verbundenheit der Völker untereinander, lehnen sie eine unchristliche Nachpolitik ab, fordern sie Freiheit und Gleichberechtigung für das deutsche Volk. In diesem Streben können die deutschen Bischöfe auch der neuen Staatsführung vollkommen zustimmen, wie das ja auch alle Katholiken tun, denn gerade diese haben ja seit dem Kriege in unsagbar mühevollen, undankbaren und selbstlosen Kämpfen um diese Güter gekämpft. Ihr einziges Ziel, Ziel ihrer ganzen Arbeit war ja: Rettung des deutschen Volkes, Herausführung desselben aus der Knechtschaft zu Freiheit und Gleichberechtigung. Und es kann und darf nicht verkannt werden, daß es gerade die deutschen Katholiken und ihre politischen Führer gewesen sind, die die Wege geebnet haben für die Freiheit, ja daß sie dem deutschen Volke diese Freiheit und Gleichberechtigung schon zu einem erheblichen Teil erklämpft haben, so daß die gegenwärtig Regierenden im gleichen Sinne nur weiterzuhauen haben. Hier ist in den Zielen der deutschen Katholiken kein Bruch zwischen der früheren und der gegenwärtigen Regierung, hier gibt es nur eine gradlinige Weiterentwicklung.

Gegen die einseitige  
Blitz- und Reichsmaß-  
tanz für Gerechtigkeit.

Mit besonderem Nachdruck wird von den gegenwärtig Regierenden die Einheit der deutschen Nation betont und dabei das Hauptgewicht auf den Rassegedanken gelegt und auf die für persönliche Erziehung geltende. Letzteres ist nichts Neues und auch im katholischen Lager freudig begrüßt. Die heutige einseitige Betonung aber des Rassegedankens und des Blutes und die Folgerungen aus dieser einseitigen Betonung bringen Maßnahmen mit sich — haben sie schon gezeigt — daß es hier schwere Konflikte mit dem Christentum geben kann, wenn auf diesem Wege der Einseitigkeit weitergegangen wird, zumal starke Bestrebungen im Gange sind, Eingriffe an Menschen vornehmen zu lassen, die sich mit der christ-katholischen Lehre nicht in Einklang bringen lassen (Unfruchtbarmachung). Hier sind ungeheure Gefahren im Anzug, und die deutschen Bischöfe warnen feierlich und nachdrücklich, diesen Weg zu beschreiten: „Die staatliche Autorität darf“, so betonen sie, „bei der Förderung der Volksgesundheit nicht zu Geisen und Verfahren greifen, die sie vor Gott, dem alleinigen Herrn allen Lebens, nicht verantworten kann... Wir glauben, daß eine Volksseinsicht sich nicht nur durch die Blutsgleichheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen läßt und daß bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes zu Ungerechtigkeiten führt.“ Diese einseitige und ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes führt nach den ausdrücklichen Worten der Bischöfe zu Ungerechtigkeiten, „die das christliche Gewissen belasten, vor allem wenn sie Männchen treffen, die in Christus durch das heilige Sakrament der Taufe wiedergeboren sind“, wie z. B. die getauften Juden. Hier rücken die Bischöfe sehr deutlich ab von den diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung und fordern weiter auch Anerkennung und Achtung der Gesinnung anderer, sie fordern mit besonderem Nachdruck Gerechtigkeit für die Übergesinnungen: „Nicht die Menschen der leichten Anpassung und die Ausbenter einer günstigen Zeitlage sind die Besten eines Volkes, sondern jene, die Überzeugung und Charakter besitzen und sich, wenn auch manchmal erst nach starkem innerem Ringen, zu einer Sache mit ihrem Gewissen und mit ihrer ganzen Hinsicht bekennen.“

Sollen die Ziele des neuen Deutsch-  
Reichs wahres  
Christentum, Land erreicht werden, so bedarf es dazu  
des Fundamentes der Religion. Die Bischöfe begrüßen darum

Mit besonderem Nachdruck wird von den gegenwärtig Regierenden die Einheit der deutschen Nation betont und da-

bei das Hauptgewicht auf den Rassegedanken gelegt und auf die für persönliche Erziehung geltende. Letzteres ist nichts Neues und auch im katholischen Lager freudig begrüßt. Die heutige einseitige Betonung aber des Rassegedankens und des Blutes und die Folgerungen aus dieser einseitigen Betonung bringen Maßnahmen mit sich — haben sie schon gezeigt — daß es hier schwere Konflikte mit dem Christentum geben kann, wenn auf diesem Wege der Einseitigkeit weitergegangen wird, zumal starke Bestrebungen im Gange sind, Eingriffe an Menschen vornehmen zu lassen, die sich mit der christ-katholischen Lehre nicht in Einklang bringen lassen (Unfruchtbarmachung). Hier sind ungeheure Gefahren im Anzug, und die deutschen Bischöfe warnen feierlich und nachdrücklich, diesen Weg zu beschreiten: „Die staatliche Autorität darf“, so betonen sie, „bei der Förderung der Volksgesundheit nicht zu Geisen und Verfahren greifen, die sie vor Gott, dem alleinigen Herrn allen Lebens, nicht verantworten kann... Wir glauben, daß eine Volksseinsicht sich nicht nur durch die Blutsgleichheit, sondern auch durch die Gesinnungsgleichheit verwirklichen läßt und daß bei der Zugehörigkeit zu einem Staatswesen die ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes zu Ungerechtigkeiten führt.“ Diese einseitige und ausschließliche Betonung der Rasse und des Blutes führt nach den ausdrücklichen Worten der Bischöfe zu Ungerechtigkeiten, „die das christliche Gewissen belasten, vor allem wenn sie Männchen treffen, die in Christus durch das heilige Sakrament der Taufe wiedergeboren sind“, wie z. B. die getauften Juden. Hier rücken die Bischöfe sehr deutlich ab von den diesbezüglichen Maßnahmen der Regierung und fordern weiter auch Anerkennung und Achtung der Gesinnung anderer, sie fordern mit besonderem Nachdruck Gerechtigkeit für die Übergesinnungen: „Nicht die Menschen der leichten Anpassung und die Ausbenter einer günstigen Zeitlage sind die Besten eines Volkes, sondern jene, die Überzeugung und Charakter besitzen und sich, wenn auch manchmal erst nach starkem innerem Ringen, zu einer Sache mit ihrem Gewissen und mit ihrer ganzen Hinsicht bekennen.“

Soll die Kirche die ihr

Freiheit der Kirche, von Gott gesetzte Auf-  
gabe erfüllen, so bedarf  
sie der erforderlichen

Freiheit, die sie auf

Grund ihres Weisens braucht. Auch da sind überaus starke Gegenströmungen vorhanden, und es sind Worte und Ankündigungen aus dem Munde führender Männer des neuen Staates gefallen, die höchst bedenklich stimmen und Beunruhigung wecken müssen. Hier sprechen die deutschen Bischöfe ganz ohne Rücksicht auf die gesagten Worte, ja mit voller Absicht geradezu gegen sie das aus, was sie als katholische Ober-

herrschaft aussprechen müssen, mag es den neuen Staatsleitern genehm sein oder nicht. Der Kirche ist, so betonen sie, nicht nur die Freiheit zur Predigt und Spendung der Sakramente zuzubilligen, sondern alles das, was sie braucht, um den katholischen Menschen zu bilden, also die konfessionelle Schule, die konfessionelle Lehrerbildung, die Sportvereine, Standes- und Berufsvereine können gleichfalls nicht entbehrt werden. Gleichermaßen gilt für die caritativen Vereinigungen und nicht zuletzt auch für die katholische Presse. In allen diesen Dingen gibt es keine „Gleichschaltung“ und kann keine geben, hier hat ureigentlich katholisches Leben zu herrschen und uneingeschränkte katholische Entfaltungsmöglichkeit. Hinzu kommt der katholischen Presse und ihrer Freiheit sagen die Bischöfe ausdrücklich: „Soll der neue Staat ein christlicher sein und die katholische Kirche ihre Freiheit genießen, so wird sie auch berechtigt sein müssen, eine katholische Presse zu besitzen. Die Kirche kann auf dieses modernste Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten. Gerade die katholische Presse hat sich immer und überall als staatsverhindernd erwiesen, weil sie jene Grundsätze ihrer Seelsorgewelt vermittelte, die Eingliederung in das Staatsganze und die willige Unterwerfung unter die rechtmäßige Obrigkeit verlangen.“

\*

Das zum neuen, überaus bedeutsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe. Wenn diese Ausführungen etwas sehr lang geworden sind, so liegt das bedingt in der außerordentlichen Bedeutung dieses Hirtenbriefs. Wir stimmen diesem Hirtenbrief selbstverständlich voll und uneingeschränkt zu, wir begrüßen es als klare Sprache und Stellungnahme, die nach jeder Seite hin Unklarheiten beseitigt haben dürfte, und wir freuen uns feststellen zu können, daß wir glauben, bisher stets und allezeit im Sinne dieses Hirtenbriefs gehandelt zu haben, daß wir in ihm auch weiter handeln werden: Anerkennend, Zustimmend und fördernd in allem, was mit unserer katholischen Weltanschauung in Übereinstimmung steht, ablehnend, kritisch, ja entschlossen bekämpfend alles, was ihr widerstrebt, mag es kommen von welcher Seite immer es will. Klarheit, Unerschrockenheit und Charakterfestigkeit, fukend auf unverrückbares katholisches Fundament, das war bisher allezeit unsere Botschaft, es wird sie auch in der kommenden Zeit sein. F. St.

## Angriffe des Bizefanzlers Papen gegen das Zentrum auf dem Münchener Gesellentag

Auf der Tagung der katholischen Gesellen in München hielt auch Bizefanzler von Papen eine Ansprache, die, soweit sie durch den halbamtlichen Wolfsdienst verbreitet worden ist, ein einziger Angriff gegen den „deutschen politischen Katholizismus“, d. h. gegen das Zentrum war. Wir geben diese Rede wieder, bevor sie ausdrücklich ist, daß wir den Ausführungen Herrn von Papens in keiner Weise zustimmen können, daß er die Dinge und die Arbeit des Zentrums völlig falsch sieht und zeichnet, daß er einen winzig kleinen Teil aus der Zentrumsarbeit, dem Kampf für die Gleichberechtigung der Katholiken, als das Hauptziel der Arbeit des Zentrums hinstellt. Zu den Ausführungen des Herrn Bizefanzlers wäre überhaupt viel zu sagen, auch zu seinen „historischen“ Kenntnissen über die Zentrumspolitik im Kaiserreich. Denn wenn er behauptet, damals habe das Zentrum nur defensive Politik getrieben, so verirrt er, daß er von der Geschichte der Zentrumspartei herzlich wenig weiß. Wir verzichten auf weiterer Erörterungen, denn wer sehr will, sieht. Uns will aber scheinen, daß Herr von Papen am wenigsten zum Kritiker der Zentrumspartei berufen ist, denn er hat ihre Politik bis zum Mai 1932 vollständig mitgemacht, wir haben auch bei ihm in der ganzen Zeit von besonderer schöpferischer Arbeit aus katholischem Geiste heraus wenig gemerkt, und er lehrte ja der Zentrumspartei erst den Rüden, als er Nachfolger von Reichsfanzler Dr. Brüning wurde und so folgerichtig aus der Partei aussiedeln mußte. — Wir bedauern, daß diese Rede, die, wie gesagt, ein einziger Angriff gegen die Zentrumspartei ist, ausgerechnet auf dem Ersten deutschen katholischen Gesellentag gehalten worden ist, und zwar nachdem gleich eingangs Generalpräs. Hirsch erklärt hatte, daß der Katholische Gesellenverein mit Parteipolitik nichts zu tun habe.

Bizefanzler von Papen führte nach dem Wolffsbericht aus:

Es hat eine symbolische Bedeutung, daß Ihr Verbund als erster der katholischen Verbände in großer öffentlicher Rundgebung das Bekennen zu unserem neuen deutschen Staatsaufbau ablegt. Nur in voller Lösung von überholter Parteigebundenheit werden wir deutschen Katholiken unsere großen Aufgaben erfüllen können.

Was ist der Zweck dieser Tagung? Unmissverständlich muß hier gezeigt werden, welche Aufgaben in der großen geistlichen Evolution unserer Tage der deutsche Katholizismus zu erfüllen hat.

Als 1918 das alte Reich zusammenbrach, befand sich der deutsche Katholizismus in einer einzigen Lage. Gegenüber der Sündflut des materiellen Sozialismus, gegenüber dem Ansturm der bolschewistischen Spartakisten schien er die einzige festgefügte Weltanbildung, die nicht zu Widerständen bereit, sondern bestimmt war, der Politik der Nachkriegsjahre den entscheidenden geistigen Stempel aufzudrücken.

Schon im alten Kaiserreich hatten die deutschen Katholiken eine nur defensive Politik getrieben. 1918, als nur der sozialistische Sozialismus auf der inneren politischen Front gegenüberstand, setzte man trotzdem diese Politik der Defensive fort und erholte sich damit, taktisch-parlamentarische Vorteile zu ergattern und durch eine sogenannte Parteipolitik die Teilherrschaft am großen und beherrschenden Apparat der Bürokratie auszubauen. Dabei hatte man übersehen, daß diese personelle Teilherrschaft nur dann wirklich sein konnte, wenn zugleich die Führung des Staatsapparates in schöpferischen Händen lag. Die Staatsführung aber — wir müssen das, da deutsche Katholiken maßgeblich daran im Reich und in den Ländern beteiligt waren, mitleidlos feststellen — ist nichts weniger als schöpferisch gemeint. Gerade die Gebiete, auf denen der Katholizismus aus seinem alten Gedankengut heraus hätte geistig führend

sein müssen — funktioneller Aufbau unseres Verfassungsliebens, sozialer Neubau der Gesellschaft als Lösung des Problems von Kapital und Arbeit, Herausstellung hoher nationaler Ziele — gerade die Gebiete verbanden in der Seele des Parteilebens und selbst der tausendjährige Traum von der Sendung des Deutschen Reichs — fiel der Vergessenheit anheim.

### Die parlamentarische Schlüsselstellung des politischen Katholizismus

wurde in völliger Verkenntung der Tatsachen als eine unerschütterliche Machtstellung betrachtet und es blieb unbemerkt, daß, während 1919 der politische Katholizismus noch 20 Prozent aller deutschen Wählerchaft auftrat, diese Quote 1932 auf nur 11 Prozent gesunken war. So geriet auf dem Wege der rein parlamentarisch-mechanischen Denktypen der in politischen Parteien gruppierte Katholizismus langsam, aber sicher in eine völlig falsche Front, bis durch die Revolution des 5. März der künftige petrefakte Apparat der parlamentarischen Demokratie und mit ihm die Schlüsselstellung der katholischen Parteien zusammenbrach. In jenen Tagen ist es vielen von uns erst klar geworden, wie kleinmütig wir geworden waren, als wir unser politisches Denken nur auf die Erfolge parlamentarischer schwarz-roter Koalitionen richten, anstatt zu den übernatürlichen Kräften auszuschauen, die in der Fülle unseres Glaubensgutes und in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die Gestaltungskraft der Prinzipien des Katholizismus enthalten sind. Und doch wäre dies der Weg gemeint, den die Natur vorgeschrieben hat. Tuft doch die Lehre der Kirche nicht auf Abstraktionen, sondern geht unbewirkt aus von dem durch Gott geschaffenen natürlichen Gesetzen. So gilt es heute, uns wieder auf die Rolle zu bestimmen, die die geschichtliche Entwicklung hinweist.

Hier liegt die Aufgabe, die auch Ihnen in erster Linie bestimmt ist:

Den Gedanken des Klassenkampfes zu überwinden durch echt deutschen und echt katholischen Aufbau der deutschen Gemeinschaft.

Die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung ist, das fühlen wir, die elementare Voraussetzung für die endgültige Aufrechterhaltung unserer christlichen Kultur schlechthin. Die Wiederherstellung der gesellschaftlichen Ordnung ist deshalb eine so unendlich schwierige Aufgabe, weil wir zwar auf alle, frühere Gedankengänge zurückgreifen können, weil wir aber geistig Verlorene wieder neuherstellen müssen, weil es sich nicht um eine Fortbildung der entarteten kapitalistischen Wirtschaftsordnung, sondern um einen Zurückfinden in allen maßgebenden Grundlagen handelt. Wer wäre besser in der Lage, als Ihr, meine Freunde, zu verstehen, wie notwendig es ist, zu den Grundlagen einer ständischen Ordnung zurückzufinden und die Kampffronten aller im Wirtschaftsprozeß Vereinigten zu einem berufsmäßig geistig geprägten Wirtschaftsorganismus umzubauen. Gerade hier werden wir deutschen Katholiken führernd sein können und müssen.

Jede Arbeit muß getragen sein von dem Gedanken der Mitarbeit des Dienstes am Ganzen.

Aus diesem Dienst am Ganzen muß auch die Freiheit von Unternehmer und Arbeiter fließen, sich gesellen zu gemeinsamer gleichwertiger Arbeit.

## Amerikanische Zelluloidsfabrik in die Luft geslogen Neun Tote, 180 Verletzte.

W.B. North Arlington (New Jersey), 10. Juni. Bei der Explosion einer Zelluloidsfabrik wurden neun Personen getötet und 180 durch das in weitem Umkreis herumliegende brennende Zelluloid zum Teil schwer verletzt. Mehrere Personen werden vermisst. Die Fabrik und acht Nachbarhäuser wurden durch Feuer zerstört. Über hunderten von Badenden, die sich am benachbarten Flussstrand aufhielten, ergoß sich ein feuriger Asche-

regen. Die Befestigung der führenden Männer des neuen Staates, daß sie ihr Werk auf den Boden des Christentums stellen. Aber damit allein ist es noch nicht getan, es kommt darauf an, wie man das Christentum auffaßt, was man darunter versteht. Und das, was sie braucht, um den katholischen Menschen zu bilden, also die konfessionelle Schule, die konfessionelle Lehrerbildung, die Sportvereine, Standes- und Berufsvereine können gleichfalls nicht entbehrt werden. Gleichermaßen gilt für die caritativen Vereinigungen und nicht zuletzt auch für die katholische Presse. In allen diesen Dingen gibt es keine „Gleichschaltung“ und kann keine geben, hier hat ureigentlich katholisches Leben zu herrschen und uneingeschränkte katholische Entfaltungsmöglichkeit. Hinzu kommt der katholischen Presse und ihrer Freiheit sagen die Bischöfe ausdrücklich: „Soll der neue Staat ein christlicher sein und die katholische Kirche ihre Freiheit genießen, so wird sie auch berechtigt sein müssen, eine katholische Presse zu besitzen. Die Kirche kann auf dieses modernste Seelsorgemittel auf keinen Fall verzichten. Gerade die katholische Presse hat sich immer und überall als staatsverhindernd erwiesen, weil sie jene Grundsätze ihrer Seelsorgewelt vermittelte, die Eingliederung in das Staatsganze und die willige Unterwerfung unter die rechtmäßige Obrigkeit verlangen.“

Das zum neuen, überaus bedeutsamen Hirtenbrief der deutschen Bischöfe. Wenn diese Ausführungen etwas sehr lang geworden sind, so liegt das bedingt in der außerordentlichen Bedeutung dieses Hirtenbriefs. Wir stimmen diesem Hirtenbrief selbstverständlich voll und uneingeschränkt zu, wir begrüßen es als klare Sprache und Stellungnahme, die nach jeder Seite hin Unklarheiten beseitigt haben dürfte, und wir freuen uns feststellen zu können, daß wir glauben, bisher stets und allezeit im Sinne dieses Hirtenbriefs gehandelt zu haben, daß wir in ihm auch weiter handeln werden: Anerkennend, Zustimmend und fördernd in allem, was mit unserer katholischen Weltanschauung in Übereinstimmung steht, ablehnend, kritisch, ja entschlossen bekämpfend alles, was ihr widerstrebt, mag es kommen von welcher Seite immer es will. Klarheit, Unerschrockenheit und Charakterfestigkeit, fukend auf unverrückbares katholisches Fundament, das war bisher allezeit unsere Botschaft, es wird sie auch in der kommenden Zeit sein. F. St.

## Das kirchliche Prozessionswesen

Der neuesten Nummer des kirchlichen Anzeigers für die Erzbistüme Köln entnehmen wir folgenden Erläuterungen über die Ordnung des kirchlichen Prozessionswesens.

Da die zum Teil Jahrzehnte zurückreichenden kirchenbehördlichen Erlasse betreffend Handhabung der äuferen Ordnung bei Prozessionen und Wallfahrten nicht mehr den besonderen Erfordernissen unserer Zeit zu entsprechen vermögen, anserdem sich im Laufe der Jahrzehnte manche Missverständnisse eingestellt haben und ein Mangel der notwendigen Einheitlichkeit die Auffassungen der Gläubigen zu verwirren vermag, so bringen wir hierdurch folgende Bestimmungen zur Kenntnis:

1. Gemäß der genauen Begriffsbestimmung des kanonischen Rechtsbuches der Kirche sind Prozessionen ein besonderer feierlicher Form des Bittgebetes, das „von dem gläubigen Volk unter Führung der Geistlichkeit zur Belebung der Frömmigkeit, zur Dankigung für empfangene göttliche Wohltaten oder zur Anrufung der göttlichen Hilfe“ (can. 1290) verrichtet wird.

Schon diese erhabene Zweckbestimmung, erst recht wenn sie durch das öffentliche feierliche Bekennen zum Glauben an das allerheiligste Altarsakrament erhöht wird, kennzeichnet die kirchlichen Prozessionen als einen besonderen Ausdruck katholischer Frömmigkeits- und Glaubenslebens und damit als eine ehrwürdigstes religiöse Angelegenheit. Deshalb können für die Form ihrer Veranstaltung nicht persönliche oder corporative Geltungsansprüche, sondern ausschließlich religiöse Gesichtspunkte bestimmend sein.

2. Es sollen daher durch die für die Veranstaltung der Prozessionen allein zuständige Geistlichkeit grundsätzlich nur „das gläubige Volk“, seine hervorragenden Vertreter und seine von der Kirche anerkannten katholischen Vereine zur Teilnahme an kirchlichen Prozessionen aufgefordert, eingeladen oder zugelassen werden.

Auf Grund von Vereinbarungen zwischen den maßgeblichen Stellen des Reiches oder des Staates und der Kirche nehmen je nach den örtlichen Voraussetzungen außerdem auch geschlossene Abordnungen von katholischen Angehörigen der Wehrmacht, der Polizei oder ähnlicher, ihrem Wesen nach unabhängig vom religiösen Bekennen oder von parteipolitischer Bindung bestehender öffentlicher Einrichtungen an den kirchlichen Prozessionen, besonders auch an der Kronleuchtersprozession teil. Solche Vereinbarungen behalten auch fernerhin ihre Geltung.

4. Eine ähnliche Sonderstellung, wie gegenüber Abordnungen der Wehrmacht, könnte aus den gleichen Gründen denjenigen Vereinigungen eingeräumt werden, die als corporative Zusammensetzung früherer Angehöriger der Wehrmacht gelten (Kriegervereine).

Ebenso sind vielerorts, besonders in bekanntermaßen einheitlichen Gemeinden, von altersher Ausnahmen gemacht worden durch corporative Zulassung der katholischen Mitglieder solcher nichtkatholischer Vereine, die, wie Schützenvereine, Innungen, Zünfte u. a. auf ursprünglich kirchliche Vereinigungen zurückzuführen sind oder sonstwie eine offensichtliche Verbundenheit mit dem kirchlichen Leben des Ortes aufweisen.

Um an bewährten, althergebrachten Gewohnheiten nicht zu rütteln, können diese Ausnahmen auch weiterhin bestehen bleiben, wo sie vom Standpunkte des religiösen Lebens aus nicht zu Beanstandungen Anlaß geben und wo insbesondere die Vertreter der bezeichneten Vereine diese Verbundenheit mit Kirche und kirchlichem Leben auch praktisch nicht in Frage ziehen.

5. Die Einführung weiterer Ausnahmen sollte jedoch unterbleiben, jedenfalls nicht ohne unsere Genehmigung erfolgen, weil der tiefe Sinn katholischer Glaubenskundgebung bei solchen Veranstaltungen nicht verloren werden darf und auch nichtkatholischen Vereinen die corporative Teilnahme am Frömmigkeits- und Glaubensleben der katholischen Kirche nicht zugemutet werden sollte.

6. Die corporative Beteiligung von parteipolitischen Organisationen, ganz gleich welcher Richtung sie seien, an kirchlichen Prozessionen muß in Übereinkunft mit der ausdrücklichen und forstbestehenden Mahnung der katholischen Bischofskonferenz vom 28. 3. 1933 wegen der Gefahr, bei dieser rein religiösen Veranstaltung als „parteipolitische Demonstration“ zu erscheinen, als unzulässig bezeichnet werden.

7. Zur Mittführung bei kirchlichen Prozessionen kommen nur kirchlich geweihte Rahmen sowie die Roben, Banner, Standarten oder Wimpel der gemäß Ritter 2-5 corporativ zugelassenen Prozessionsteilnehmer in Frage.

8. Nachdrücklich ist dafür Sorge zu tragen, daß auch für die Gläubigen, die nicht den bezeichneten Vereinen oder Verbänden angeschlossen, ausreichende und nötige Gelegenheit zur Teilnahme an den kirchlichen Prozessionen und Wallfahrten erforderlichen Platz geordnet nach Geschlecht und Altersstufe, gegeben werde.

Köln, den 8. Juni 1933.  
Das Erzbischöfliche Generalvikariat.

## Generalpräses Msgr. Hürth auf dem Münchener katholischen Gesellentag

Unser Erster Deutscher Gesellentag ist nicht eine Werbung fürs Kolpingwerk, nicht eine Kundgebung wie tausend andere. Es ist die Erfüllung eines inneren Dranges, ein Herzensbedürfnis, das nach Befriedigung rüft.

Ich kann nicht umhin, an dieser Stelle mit stärkstem Nachdruck zu betonen, daß

der Katholische Gesellenverein in keiner Weise Bestandteil irgend einer politischen Partei

ist. Unser ganzes Bestreben nach einem Einfluss im öffentlichen Leben ist einzig und allein von dem Gedanken getragen gewesen, Möglichkeiten zu finden, dem Aufbauplan Kolpings: Zum Aufbau der Familie, zur Aufrichtung einer berufständischen Ordnung, zur Erhaltung wahren Volksstums Wege zu erschließen. So allein und nicht anders ist das zu verstehen, was wir oft genannt haben: „Unseren politischen Willen“. Wir waren stets bemüht, jeglicher Parteiherrschaft gegenüber unsere volle Freiheit zu bewahren. Es ist uns Ernst mit unserem „Treu Kolping“!

Ich stehe auch hier als Generalpräses der großen weltumspannenden Kolpingsfamilie, und als solcher sage ich euch, ihr Söhne Kolpings aus den verschiedensten Ländern der Erde: Aus Danzig, dem Saargebiet, aus den Niederlanden, aus der Schweiz, aus Österreich, aus Ungarn, aus Copen-Hamn, aus Spanien, Südamerika den freundigsten, herzlichsten Willkommgruß!

Wir sind eine Familie, die groß geworden ist, die allmählich über die Länder der Erde sich ausgebreitet hat, aber doch die eine Kolpingsfamilie gelebt hat. Und so freue ich mich, euch Kolpingsjüngste der verschiedensten Zentralverbände nicht nur als Gäste, sondern als Söhne und Brüder bei eurem älteren deutschen Brüder begrüßen zu können. Stand doch im deutschen Land die Wiege des großen Kolpingswerkes, und war es nicht gerade diese Stadt, in der wir heut tagen, wo der große Adolf Kolping vor fast 100 Jahren seine geistige Heimat gefunden und das geistige Gut gesammelt hat, das er in seinem späteren Werke niedergelegt?

Der Gesellenverein stellt sich mit Bemühen in den Dienst eines Renaufbaues der Gesellschaft auf berufständischer Grundlage.“

Mit dieser Genugtuung erkannten wir im großen Rundschreiben des Papstes über den gesellschaftlichen Aufbau, wie er in der berufständischen Gliederung des Volkes den Ausweg aus den Wirren einer irregenden Zeit angab.

Sollte nunmehr nicht Dank, Freude und Stolz unser Herz erfüllen, wenn die Regierung unseres Volkes ein Gesetz vorbereitet, das Wunsch und Ideal des Kolpingswerkes zur Wirklichkeit bringen soll? Wir danken den Männern, die den Mut zu solchem Tun gefunden, und wir wissen, daß Mut dazu gehört.

Mit Stolz stelle ich als Generalpräses mein junges Volk den leitenden Männern vor: Hier steht eine Armee werktätiger junger Männer, die euch versteht, die bereit ist, alles daranzutun, um die Voraussetzungen schaffen zu helfen, die einen berufständischen Aufbau möglich machen und möglich erhalten. Wir kennen das Wort Kolpings: „Was nützen die besten Gelehrte, wenn die Männer fehlen, die sie gebrauchen können!“

Wir vom Werk Kolpings wollen diese Männer erziehen und formen.

Wir haben den Gesellentag aufgerufen und wollen ihn halten

als einen Dienst am Volke;

und weil sein Unterbleiben im deutschen katholischen Volksteil, aber auch unter unseren Auslandsdeutschen große Beunruhigung hervorgerufen haben würde, und weil wir in diesen Tagen im deutschen Land alles

andere eher ertragen können als Beunruhigung und Mistrauen, darum haben wir uns in ernstem Verantwortungsgefühl entschlossen, trotz großer Beschränkungen unsere Tagung dennoch abzuhalten.

Möge man immer tiefer erkennen und immer höher schätzen, was ein Adolf Kolping in seinem Werk dem deutschen Volk gegeben!

Es hat uns alle tief ergriffen, als beim Aufzug der Banner das junge Volk stolz die Kolpingfahne in den Saal hineinragt; aber nicht nur die Kolpingfahne, auch die Banner und Fahnen ihrer Heimatländer.

Aber wenn auch die verschiedensten Länder vertreten

sind, in deren Volkstum das Kolpingwerk Wurzel ge-

schlagen, sahen wir nicht wie trotz aller Verschiedenheit

ein großer einheitlicher Gedanke herausprach.

Es gibt nur einen Katholischen Gesellenverein auf der ganzen weiten Welt!

Eine reine geistige Einheit ist hier gefunden, die dem Volkstum der Sonderheit, den berechtigten Wünschen und der naturgewachsenen Eigenart der einzelnen Völker und Nationen ihr volles Recht zukommen läßt, ja, die sie schützt und stützt, und doch in sich etwas wie ein geistiges heiliges Reich darstellt.

Das ist ja auch der tiefste Gedanke, den wir vom Münchener Gesellentag aus ins deutsche Volk hineinragen wollen: Christus der auferstandene Gottessohn, hat das Kolpingwerk kommen und wachsen lassen in schwerer Zeit, damit es helfe, die Zeit zu heilen. Auf dem Boden unserer alten heiligen Kirche ist der Baum gewachsen, den ein Adolf Kolping gepflanzt und dessen Neste sich breiten über die Länder der Erde.

Und wie wir darum treu stehen zu Volk und Heimat, wie wir in deutscher Treue die Lieder der Geschichte unseres Volkes grüßen, so stehen wir in unverbrüchlicher Treue auch zu unserer heiligen Kirche; denn hier liegt die tiefste Quelle unserer Kraft und unserer Einheit. Darum entbieten wir auch den Vertretern der Kirche unseren ehrerbietigen Gruß!

Gott und Volk!

so rufen wir ins deutsche Land. Gott schafft die Völker und gibt ihnen Sendung und Aufgabe. Auch das deutsche Volk hat seinen Beruf, nicht von irgendwoher, sondern vom allmächtigen Gott! Das wollen wir laut in die deutsche Heimat hineinrufen.

Dieses deutsche Volk, das wir das nennen, es soll nicht in Klassenkampf und Parteihader auseinanderfallen, nicht nach Besitz und ererbten Vorrechten sich gliedern, sondern nach dem, was der Mensch nach Leib und Seele am natürlichen ist: nach seiner Arbeit und seinem Beruf.

Darum unsere Lösung:

Volk und Stand!

Nicht Volk und Klasse; nicht Volk und Masse!

Wie jeder Volksgenosse im Reichstand seines Berufes seinem Platz findet, so soll er mitarbeiten am Auf- und Ausbau des staatlichen Lebens, soll sein Ganzes und sein Bestes hineinsetzen, daß ein festgefügter, starfer Staat ein glückliches Volk umfasse! Ein deutsches Volk, das über das staatliche Gebilde hinaus im Herzen Europas ein h. Reich erkennt, das überhaupt um politische Grenzen in aller Wirklichkeit das Herz Europas ist! Damit dieses Herz Europas gelund und stark werde und die Völker beglückt, darum sind wir hier und begehen den Ersten Deutschen Gesellentag!

Der stürmische Beifall, der immer wieder während der Rede eingelegt hatte, steigerte sich noch, soweit dies möglich war, zum Schluß der programmatischen Darlegungen, bis das Lied: „Wohlauf Gesellen, schart euch zu Hauf“ erklang.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird morgen

zusammentreten.

## Sitz und Führung der SPD müssen in Deutschland bleiben.

VDZ, Berlin, 9. Juni. Wie das VDZ-Büro meldet, hielt die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages am Freitag eine mehrstündige Fraktionssitzung ab, an der sich auch Vertreter der Reichstagsfraktion beteiligten. Über das Ergebnis der Sitzung wurde ein Communiqué ausgetragen, worin es heißt, daß in längerer Aussprache die Landtagsfraktion zur politischen Lage genommen habe. Dabei sei auch die Schuhhaftfrage besonders behandelt worden. Die Fraktion rüttete an den Fraktionsvorstand wie auch an die Parteileitung das dringende Erfordernis, nichts unverzüglich zu lassen, um bei den zuständigen Stellen die Aufhebung und Einstellung der umfangreichen Maßnahmen dieser Art zu erreichen. Weiter fürt das Communiqué wie folgt fort: „Die Gerichte und Mitteilungen in der in- und ausländischen Presse über eine Verlegung des Sitzes der Leitung der sozialdemokratischen Partei von Berlin nach Prag wurden ausführlich erörtert. Überstimmmt fanden diese erörterten Pläne schärfste Zurückweisung. Einiglich wurde zum Ausdruck gebracht, daß der Sitz der Führung der SPD in Deutschland

bleiben müsse.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird morgen

## Der katholische Gesellenverein,

## sein Werk und Wirken

1. zu einem kernigen, lebengestalteten Christentum zu erziehen;

2. die Mitglieder durch ideelle und praktische Mittel mit der Idee des Berufsarbeiters zu erfüllen im Gegensatz zur marxistischen Auffassung des Nurlohnarbeiter, um dadurch den stützlichen Grund zu legen zu einem neuen berufständischen Aufbau des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens;

3. vom Berufe aus dem einzelnen zu seiner persönlichen Entfaltung im Dienst des Volksganzen anzuregen und ihm den Zugang zur Kulturgemeinschaft des Volkes und der Nation zu eröffnen. Der Gesellenverein erstrebt diese Ziele auf dem Wege der freien Vereinsfamilie, an deren Spitze der Präses steht. So steht der Katholische Gesellenverein mitten in der großen sozialen und nationalen Erneuerungsbewegung unserer Zeit in Treue zum deutschen Volkstum und zu deutscher Volkskraft, von berufständischem Gestaltungswillen aus deutschem Genossenschaftsgeiste bestimmt und von Arbeitsbereitschaft erfüllt für das neuwerdende Reich der Deutschen.

Die Überführung der Leiche des ermordeten afghanischen Gesandten.

Berlin, 9. Juni. Die Leiche des afghanischen Gesandten Muhammed Azziz Khan, der vor einigen Tagen einem politischen Anschlag zum Opfer fiel, wurde Freitag nachmittag auf dem Bahnhof Friedrichstraße in einem Sonderwagen des nach Afghanistan abgehenden Zuges aufgebahrt, um in die Heimat übergebracht zu werden. Vor dem Bahnhof war ein Bataillon Reichswehr aufmarschiert, das beim Herannahen dieses Leichenwagens die militärischen Ehrenbezeugungen erwies. Im Führerzimmer waren nahezu sämtliche Mitglieder des Berliner diplomatischen Korps versammelt. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Staatssekretär Dr. Meissner erschienen, vom Auswärtigen Amt Freiherr v. Neurath. Staatssekretär Dr. Meissner legte am Sarge einen Kranz des Reichspräsidenten nieder. Dann lehnte sich der Zug in Bewegung, der die sterblichen Überreste des Gesandten über Moskau nach Kabul bringen wird.

In diesem Jahr kein deutscher Arztetag.

Frankfurt/Main. Der Deutsche Arztetag, der in diesem Jahr in Frankfurt stattfinden sollte, mußte von der letzten Juni-Woche auf den Monat September verlegt werden. Die Verlegung war in Anbetracht der politischen Umstellung erforderlich geworden. In der letzten Zeit sind Zweifel aufgekommen, ob es möglich sein wird, den Septembertermin einzuhalten. Sollte die September-Dtagung abermals verschoben werden müssen, so wird in diesem Jahre kaum noch ein Deutscher Arztetag abgehalten werden.

## Schweres Schadensfeuer in Bremerhaven



Unser Bild berichtet von einem Riesenbrand, der in Bremerhaven ein großes Baumwoll- und Fischmehlager vollkommen vernichtet.

# Professor Spahns Austritt aus der deutschnationalen Front

## Die allmähliche Auflösung der Deutschnationalen.

DR. Berlin, 10. Juni. Der Völkische Beobachter, der in größter Aufmachung über den Austritt des Professors Spahn und des Kampfesführers Dr. Giebels und Flume aus der deutschnationalen Front berichtet, veröffentlicht einen längeren Auszug aus dem Schreiben Dr. Spahns an den stellvertretenden Führer der D. N. F. v. Winterfeldt.

Professor Spahn erinnert daran, daß er bei jeder sich bietenden Gelegenheit in der Reichstagsfraktion und im Parteidienst darum gerungen habe, die Führung mit Hitler wie mit dem Stahlhelm nicht preiszugeben, die Partei allmählich mit der nationalsozialistischen Bewegung zusammenzuführen, die Führerschaft Hitlers anzuerkennen. Nicht nur das rein zahlenmäßige Ergebnis des Volksentscheids, zu dem die am 30. Januar aufgerichtete Regierung, also auch Hugenberg, aufgerufen hatte, so führt Dr. Spahn weiter aus, sondern der Gesamtablauf der Bewegung, in die das deutsche Volk seit der Gründung des Reichsausschusses für das Volksbegehren gegen die Young-Verträge durch Hugenberg geraten ist, hat die Führung der notwendig gewordenen Revolution durch Hitler bestätigt. Es ist Pflicht der anderen, die mit ihm die Bewegung entstellt, die Führerschaft nunmehr eindeutig anzuerkennen, wenn wir nicht in chinesische Zustände geraten wollen. Hugenberg begründet den Fortbestand der Partei zurzeit nur noch damit, daß sie als Rückendeckung nicht entbehren könne. Alle Aufgabenbereiche außer der Wirtschaftspolitik liegen ganz oder so gut wie ganz brach. Die Partei ist nun noch darum bemüht, sich äußerlich einen Auftrieb zu geben. Die Partei wird infolgedessen draußen im Lande zum Selbstzweck und spielt mit dem Gedanken, in Deutschland eine oppositionelle Bewegung gegen Hitler ins Leben zu rufen, während Hitler den ganzen Gegendruck des Auslands gegen den von uns mit vorbereitet und mit zu verantwortenden Umschwung der Innenpolitik auszuhalten hat und mit dem Hervortreten des Gegenjages zwischen Reich und Österreich menschlichem Ermeessen nach die Stunde schlägt, in der sich das Bismarckische Reich vor der Weltgeschichte zu bewähren hat, entweder von uns vollendet werden oder aber als Trümmerhaufen in sich zusammenstürzen wird.

Noch bei der letzten Einberufung des Reichstages habe ich Hugenberg die Anregung gegeben, nach der außenpolitischen Rede Hitlers sich unter die Führung des Kanzlers zu stellen und dann im Einberufenen mit ihm die in der D. N. F. B. geschlossenen Kräfte umzurufen und Zug um Zug im neuen Staat dort einzusetzen, wo sie wirken können. Hugenberg hat meine Anregung erörterunglos abgelehnt. Damit war für mich, wie ich gleichzeitig in der Fraktionssitzung nach der Rede Hitlers erklärte, die Entscheidung gefallen und ich befiehlt mir nur noch den Augenblick vor, wann ich vor meinen Wählern diese Entscheidung erläutern und begründen würde.

\*

## Die protestantische Bischofswahl — „ein revolutionärer Alt“

### Leitung der „Deutschen Christen“ zur Rechtslage.

In einer Unterredung über die schwedenden kirchenpolitischen Fragen, die ein Vertreter der Telegraphen-Union mit Wehrkreisfarrer Müller und seinen engsten Mitarbeitern hatte, legte Professor Hirsch die Auffassung der deutschen Christen zur Bischofswahl etwa folgend dar: Die Ernennung eines Reichsbischofs bedeute eine Aenderung der Kirchenbundes-Verfassung, die nur durch Kirchengesetz möglich sei. Nach dem geltenden Recht könne ein Kirchengesetz nicht durch einen einfachen Beschluss der Kirchen erlassen werden.

„Wir haben demnach keinen legalen, sondern einen revolutionären Alt vor uns, für den der Schutz des Artikels 137 der Reichsverfassung (Gewährleistung der kirchlichen Selbstverwaltung) nicht in Anspruch genommen werden kann. Dagegen bleibt in dem Augenblick, in dem die Kirche ihren eigenen legalen Boden verläßt, der Staatsauffassung das Recht der Nachprüfung.“

Der Reichsbischof dürfe innerhalb der preußischen Kirche nicht handeln, weil nach dem Kirchenvertrage bei der Wahl der kirchlichen Führer an den Staat die Frage zu richten sei, ob politische Bedenken vorliegen. Vielleicht, sagte Prof. Hirsch, sei eine Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse nicht ohne einen revolutionären Alt möglich, dann sehe er aber die

Wiederholung des Artikels 137 der Reichsverfassung.

„Du warst in Untermaßfeld bei deinem Bruder?“

„Ja.“

„Wie erträgt er die Haft?“

„Schlecht. Oder wußtest du, daß es einem Menschen, der seit seiner Jugend nur Freiheit kannte, der allein an die unbegrenzte Ausdehnung der Wälder gewöhnt war, und der nur das eine Bedürfnis empfand, in Wälderschlügen Bücher und Alsatianen auszulappen und hinauszustürzen in das Fruchttragen der Felder und

in das domännliche Dach riesiger Haine — glaubst du wirklich, daß einem solchen Gefangenen die Enge der Zelle schadet?“

„Verpflegung und Geist der Anstalt sollen gut sein.“

„Zugegeben. Die neue Zeit hat den Insassen Güttertaten geschenkt. Man ist menschlicher geworden. Was aber hilft das? Das Gebäude einer ehemaligen Burg stellt ein Zuchthaus dar. Der Mann, der darinnen gesessen hat, ist ein Zuchthäusler. Es bleibt ihm sein Leben lang an der Stirne geschrieben, daß er minderwertig ist. Karl ist ein Gezeichnete. Dabei leidet er unschuldig. Ich sage dir, daß er nichts mit dem Verbrechen zu tun hat.“

„Und weshalb zeilst du dich an?“

„Weil Beweise wider ihn standen. Törichte, alberne, dumme Beweise. Deshalb warf ich mich auf. Sag ich, machte ich mich selber schlecht. Noch mehr — ich verschärfte die Gründe, die gegen meinen Bruder sprachen. Ich — ich.“ Gabriel schlug mit der Faust, die er in der Hand hielt, zur Erde, daß das Holz in seinem Halt knarrte und das Eisen bis zum Hest im Boden verschwand.

„Rächt sich das Verfahren nicht von neuem eröffnen?“

„Wir sind dahinter her, aber — es spricht zu viel wider ihn, wider uns. Die Lastkette, die an den Armen meines Bruders hängt, ist zu schwer. Es ist nichts zu machen.“

„Will dir was sagen, Gabriel, ich passe auf. Einmal muß die Geschichte aufgedeckt werden. Und du — trage das Schicksal nicht zu hart. Es gibt herbere in dieser Welt.“

„Glaube es nicht. Unere — Schande — pfui Teufel. Und der Teufel hat satanisch mit uns gespielt.“

„Ein Auto biegt von der Landstraße in den Feld-

weg ein“, unterbrach Philipp das Gespräch, „es steuert hierher.“

„Wer sollte die Leute vom Halderhof besuchen? Die Schwelle des Hauses ist beschmutzt, es tritt niemand darüber.“

„Doch — ich.“

„Da du, natürlich, aber sonst?“

„Es ziehen noch andere Monde heraus.“

„Meint du, daß sie durch den gebracht werden, der im Auto sitzt? Durch Zimmermann, den Grundstücks-

makler?“

„Niemand anders scheint es zu sein. Ja — er ist es.“

„Ich bin gespannt, was er zu sagen hat.“

Das Auto hielt am Rande des Ackers. Der Makler stieg aus, stieß durch den abgezerrten Teil des Felses und trat zu Gabriel.

„Guten Tag, Halderhofbauer. Guten Tag, Nehr.“

Saukte vorüber und dachte: muß mal vorsprechen. Wie geht es, wie steht es. Nichts Neues?“

„Es lag vorhin aus“, lachte Nehr, „als ob Sie in den Graben fliegen wollten.“

„Vielleicht hat nicht gefehlt. Nur die Breite zweier Finger. Mein Chauffeur ist ausgerückt. Plötzlich kommt aber wieder. Familienangelegenheit oder so etwas. Muß in der Zwischenzeit selbst am Steuer sitzen. Begeht mir nicht. Bin zu unruhig, zu nervös.“

„Mein Keller, stimmt das? Ich habe ein Glöckchen läuten gehört. Mir ist eine Nachricht zugegraben worden. Ist sie zutreffend — richtig? Kann ich mich auf Ihre Wahrheit verlassen?“

„Auf welche?“

„Nehmen Sie es nicht übel — es ist nicht schlimm“

— und ich — ich wollte der Angelegenheit nur auf den Grund gehen. Man hat mir auf das festste versichert, daß Sie verkaufen wollen.“

## Gegenerklärung des Kirchenbund-Amtes

Gegen die Ausführungen des Prof. Hirsch wendet sich eine Mitteilung des Deutschen Evangelischen Kirchenbund-Amtes. Darin heißt es u. a.:

„Gegenüber der in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptung, daß die Ernennung eines Reichsbischofs eine Aenderung der Kirchenbund-Verfassung bedeute, wird von maßgebender kirchlicher Seite darauf hingewiesen, daß die Berufung des Reichsbischofs auf Grund des Loccum-Vertrags eindeutig erfolgt ist. An diesen Vereinbarungen (modus procedendi) hat Wehrkreisfarrer Müller mitgewirkt und sie durch seine Unterschrift bestätigt.“

Wegen des Hinweises auf Artikel 137 der Reichsverfassung äußert die kirchliche Darstellung die Loccum-Verhandlungen (Kirchliches Weißbuch). Dort heißt es:

„Die Frage von Wehrkreisfarrer Müller, ob nicht eine

Mitwirkung oder gar Zustimmung des Reiches bei dem

abhangig gemacht werden.“

Reichsbischof in Betracht kommt, wurde von dem kirchlichen Vertreter mit Entschiedenheit verwirkt. Der Artikel 137 der Reichsverfassung gewährt den Religionsgesellschaften des öffentlichen Rechts die Freiheit in der Beziehung ihrer Menter unter ausdrücklicher Herabhebung, daß eine Mitwirkung des Staates oder der bürgerlichen Gemeinden bei der Verleihung nicht in Frage komme. Der Hinweis auf die durch Staatsverträge geschaffene logannte politische Klausel wurde damit zurückgewiesen, daß es sich bei dieser um vertragliche Vereinbarungen als Gegenleistung für anderweitige Zusagen handele. So lange eine solche vertragliche Regelung mit dem Deutschen Evangelischen Kirchenbund nicht vorliege, gelte für diejenigen der Artikel 137 der Reichsverfassung uningeschränkt. Der Bevollmächtigte des Reichsanzlers erkannte diesen Rechtsstandpunkt an. Es ist daher völlig unzutreffend, wenn in der Öffentlichkeit behauptet wird, die Wahl des Reichsbischofs sei von der Zustimmung des Reiches

## Danziger Nachrichten

### Sommerjagd der Hausfrau.

„Hausfrau, die es ernst nimmt mit ihren Pflichten als Hüterin der Gesundheit ihrer Familie, muß imstande sein, sich auf die Freuden und Leiden der jeweiligen Jahreszeit umzustellen. Das gilt besonders für die Sommerszeit.“

„Da sind z. B. die Fliegen, die im Sommer nicht nur groß und klein belästigen, sondern in die Milch des Kindes wie in die Speisen der Erwachsenen Krankheitsträger hineinragen, wenn man nicht durch Bedenken der Speisen und durch einen regelrechten Kampf gegen die Fliegen für ihre Vernichtung Sorge trägt. Mit Fliegenklatschen, mit Fliegenpapieren und wenn möglich mit Fliegenfestsätern aus Drahtgaze geben man ihnen zu Leibe und wehrt ihnen den Zutritt. Man solle ihnen beschließen Fenster und Türe besonders nach Sonnenuntergang für Herstellung von Zugluft.“

„Leberhaupt die Lust in Wohn- und Schlafräumen ist im Sommer wie im Winter ein besonderes Kapitel hausfraulicher Gesundheitspflege. Wenn draußen der Sonne lassender Strahl hineinbrennt, dann halte man zur Erzielung eines kühlen Zimmers die Fenster fest verschlossen und verdunkle sie durch Vorhänge und dergleichen. Falsch ist es, etwa mittags Türen oder Fenster zu öffnen, damit etwas frische Luft hineinkomme.“

„Nein, da kommt nur umso größere Hitze hinein. Aber morgens abends und möglichst auch in der Nacht soll man die Fenster offenhalten.“

„Gemüse und Obst, Milch und Kartoffeln, Eier und Käse sollen im Sommer im Küchenzettel der Hausfrau eine ausschlaggebende Rolle spielen. Trotzdem wird man Fleisch und Wurst nicht entbehren wollen. Hier heißt es aber wieder aufpassen, damit nichts Verderbbares auf den Tisch kommt. Neben dem Kühlhalten der Nahrungsmittel und deren Schutz vor Verunreinigung durch Fliegen muß die Hausfrau wissen, daß vom Fleisch besonders die inneren Organe — Lunge, Herz, Leber und Niere — der Faulnis durch die Sonnenwärme besonders leicht zum Opfer fallen. Hier empfiehlt es sich, zur Vermeidung von Gesundheitsstörungen das Fleisch bald nach dem Einkauf zu verzehren oder mindestens durch Kochen oder Braten vor Verderbnis zu schützen. Nie habe man verdorbliche Speisen über Nacht auf, sondern kaufe nur soviel Eßwaren ein, als voraussichtlich am gleichen Tage verbraucht werden.“

\* Ernennungen zu Amtsvorstehern. Zu Amtsvorstehern sind ernannt worden: Hofbäcker Ludwig Albrecht in Einlage für den Amtsbezirk Einlage, Kreis Gr. Werder, Amtsbergbäcker Leo Zessing in Gr. Paglau für den Amtsbezirk Gr. Paglau, Kreis Danziger Höhe, Mühlendächer Max Scheffler in Straloch-Prangsdör für den Amtsbezirk Straloch, Kreis Danziger Höhe, Bäcker Otto Krejci in Neendorf für den Amtsbezirk Marienree, Kreis Danziger Höhe, Bäcker Ernst Ring in Prangenau für den Amtsbezirk Bölkau, Kreis Danziger Höhe, Hofbäcker Adolf Döndorf in Steegen für den Amtsbezirk Siegeln, Kreis Danziger Niederung, Bäcker Reinhold Bartels in Niedersommerlau für den Amtsbezirk Stangendorf, Kreis Danziger Höhe, und zwar lehnte für die Zeit vom 5. November 1932 bis zum 4. November 1933, alle übrigen für die Zeit vom 1. Juni 1933 bis zum 31. Mai 1934.

\* Bestandene Prüfung. Die Meisterprüfung haben bestanden: Stellmacher Herbert Moldenhauer aus Kunzendorf und Schmied Erich Grabowski aus Mierau.

\* Silberhochzeit. Am 11. Juni feierte der Hofbäcker Reimer in Stadtsfelde, Kreis Gr. Werder, mit seiner Gattin das Fest der Silberhochzeit. Bereits am 1. Juni konnte der Jubilar sein 25jähriges Ortsjubiläum begehen. Herr Reimer hat mehrere Jahre das Amt des Gemeindesprechers geführt und ist weit über die Grenzen seiner Gemeinde hinaus geehrt und geachtet.

\* Deutscher Handlungshilfen-Verband. In der Juni-Mitgliederversammlung konnte der 1. Vertrauensmann Klemm den Gauvorsteher Voltmann aus Königsberg begrüßen, der zu den überaus zahlreich erschienenen Mitgliedern über die „Aufgaben des DHV in der neuen Angestelltenfront“ (NAA) sprach. Das gemeinsame Lied „Ich hab' mich ergeben“ leitete zu einer schlichten Abhiebfeier für den scheidenden Kreisvorsteher Sübe, der in das Saargebiet berufen worden ist, über. Vertrauensmann Klemm und Gauvorsteher Voltmann würdigten noch einmal kurz die durch den Kreisgeschäftsführer Sübe erfolgreich geleistete Arbeit zum Wohle der Danziger Kaufmannsgehilfen. Viele seiner alten Mitkämpfer erinnerten sich gern an diesem Abend an die gemeinsam geführten Kämpfe, wenn es um die Interessen der Danziger Angestelltenchaft ging. Musikvorträge der Musikvereinigung im DHV, gaben dem anstehenden gemütlichen Beisammensein einen unterhaltenden Rahmen.

„Ich?“ Und die erstaunte Frage unterstützte mehr mit dem Ausruf: „Der Halderhofbauer und verkaufen?“

„Ja — ja, man hat es behauptet, man hat es so hartnäckig behauptet, daß ich nicht versäumen wollte, mich nach dem Lauf der Dinge zu erkundigen und Ihnen meine Dienste anzutragen. Mein Geschäft ist reell und seine Verbindung vorzüglich. Ich verspreche, daß ich einen Kauf vermittel, bei dem mehr verdient wird, als Sie anzunehmen imstande sind.“

„Herr Zimmermann“, brauste Gabriel auf.

Aber der Makler war schnell mit seinen Worten und fuhr fort: „Aun — seien Sie nicht entrüstet. Nicht aufgebracht. Es ist gut, daß der Gendarm dabei ist. Ein vortrefflicher Zufall. Er wird meine Ansicht unterstützen und mir recht geben. Oder ist es nicht so, Herr Kehler, daß man sich überall den Kopf darüber zerbricht, was Sie eigentlich noch im Lande wollen? Warum leben Sie an Deutschland? Was geben Sie auf die Menschen, die Sie meiden und lästerhaften Zungen über Sie und Ihren Bruder spülen? Was suchen Sie hier? Was wollen Sie noch hier? Sie stehen auf bitter verlorenem Posten. Lassen Sie den Buchenhäusler zurückkommen — na ja — es dauert noch eine Weile. Zwei Jahre sind eine lange Zeit — vierundzwanzig Monate gehen nicht wie eine lustige Stunde vorüber — ja — aber lassen Sie den Eingeferierten heimfinden — wie werden dann die Leute pfeifen und mit scheueln Blicken auf Sie schauen. Überlegen Sie das. Verkaufen Sie. Machen Sie, daß Sie eine neue Heimat finden. Die alte ist für Sie verloren, zerbrochen, begangen.“

„Herr Zimmermann“, drohte Gabriel. Über der Makler hörte nicht. Er war in Geschäftseifer geraten und stand nicht davon ab, auf die Vorberührung eines Abschlusses hinzubringen, von dem er sich Vorteile versprach.

(Fortsetzung folgt.)

## Die Brüder

Ein Roman von Johannes Heinrich Braach, Hildburghausen.

(Nachdruck verboten!) (32)

Zu den wenigen Besuchern, die den Weg zum Halderhof fanden, gehörte der Gendarmenwachmeister Nehr. Als eines Nachmittags Gabriel und Philipp mit dem Einernten von Rüben beschäftigt waren, gesellte er sich dazu und unterhielt sich mit ihnen. Er berichtete, daß Gell mit der Erlenhofbäuerin nach Hamburg gereist sei, um sich nach Amerika einzuschiffen. Er behauptete, daß die Tochter Bettina, Gabrels geheime Braut, mit einem jungen Mann umherflaniere. Dieser ließe sich Professor nennen und käme zweimal wöchentlich aus Jena oder der Kreisstadt herüber. Und schließlich melsete Nehr, daß der Förster Heid Wilds die in seinem Revier festgestellt habe.

„Die Mitteilung von Gertrud Reife ist das einzige, was mich fesselt. Sonst nichts, Nehr. Es müßte denn sein, daß es mit der Brandstiftung zusammenhängt. Und vorläufig glaube ich nicht, daß derartige Meldungen vorgetragen werden können.“

„Du warst in Untermaßfeld bei deinem Bruder?“

„Ja.“

„Wie erträgt er die Haft?“

„Schlecht. Oder wußtest du, daß es einem Menschen, der seit seiner Jugend nur Freiheit kannte, der allein an die unbegrenzte Ausdehnung der Wälder gewöhnt war, und der nur das eine Bedürfnis empfand, in Wälderschlügen Bücher und Alsatianen auszulappen und hinauszustürzen in das Fruchttragen der Felder und

# Aktion zur Trennung von Kirche und Staat in Elsaß-Lothringen

Strasbourg, 10. Juni. Die Bewegung zur Einführung der französischen Laiengesetzgebung in Elsaß-Lothringen entwölft neuwärts unter dem „Comité d'action républicaine et laïque de Strasbourg“ wieder starke Rücksicht. Auf einem Kongress, den das Komitee um Pfingsten abhielt, waren 175 Delegierte aus dem Département Bas-Rhin, 116 aus Haut-Rhin und 25 aus dem Moseldépartement erschienen. Nach Organisationen setzten sich die Teilnehmer zusammen aus Vertretern des Freidenkerverbandes, der Liga für Menschenrechte, des Freimaurerbundes, des Bundes ehemaliger republikanischer Kriegsteilnehmer, des sozialistischen Lehrerhändlers, der Ligue d'enseignement, der sozialistischen und der radikalsozialistischen Parte. Es sprachen u. a. Professor Gers von der Universität Strasbourg, Professor Bösch (Paris), der sozialistische Bürgermeister von Mühlhausen Wöhl, der Bürgermeister von Gebweiler Guillemer und der frühere sozialistische Abgeordnete Grumbach.

In einer eimütig angenommenen Entschließung wird von der aus den Wahlen vom Mai 1932 hervorgegangenen Regierung die Einführung der „grundlegenden Gesetze der französischen Republik“ in Elsaß-Lothringen gefordert: des Gesetzes über die Weltlichkeit der Schulen. Diese Gesetze allein Lothringen aufzugeben.

## Not und Notbefämpfung einst und jetzt

von Dr. H. F. Zed, Köln.

Wir stehen heute erschüttert vor der Riesenfülle der Millionen arbeitslosen Menschen. Sie sind für uns ein Problem von durchsichtiger Eindeutigkeit und Vielseitigkeit geworden. Das bedeutet, daß 10 Prozent der Gesamtbevölkerung ohne eigene Arbeit, ohne eigenes Brot sind. Diese Millionen bedeuten, daß hier ein riesiges Reservoir Verbitterung und Radikalismus sich aufstaut, das für Gesellschaft, Staat und Wirtschaft zu einer immer größeren Gefahr werden muß. Diese Millionen Arbeitslose bedeuten, daß mit ihnen Angehörigen an die 15 bis 18 Millionen Deutsche, also etwa ein Viertel des Gesamtwertes — wenigstens im Augenblick mindestens teilweise Verelendung verfallen sind.

Es gibt niemand im ganzen Volk, der nicht die furchtbare Größe des Arbeitslosenproblems mißpükt und um seine Lösung mitbauen würde. Gerade diese Ursache befähigt blühtig die völige Wandelung des Denkens und Empfindens, die sich im vorigen Jahrhundert vollzogen hat. Noch vor 100 Jahren, erst recht, wenn wir noch weiter zurückgehen, war Massenarbeitslosigkeit und Massenelend selbst in ungleich größerem Ausmaße ein Problem.

Bam 15. Jahrhundert an gibt es in allen Staaten eine große Masse bessiger, arbeitsfähiger Menschen, die entweder bettelten oder verhungerten mußten. 1634 hat Paris 65 000 Bettler (= 25 Prozent). Um 1698 hat England bei 5½ Millionen Einwohnern über ein Viertel Bettlerresten, für deren Unterhaltung 16 Millionen Mark durch Armensteuer aufgebracht werden. Daneben besteht der Straßenbettel fort. In Deutschland rechnete man in den geistlichen Gebieten des 18. Jahrhunderts mit 50 Geistlichen und 260 Bettlern je 1000 Einwohner. Teilweise war es noch schlimmer. 1790 zählte Köln unter 50 000 Einwohnern rund 20 000 Bettler; selbst 1845 kommen dort auf 75 000 Einwohner noch etwa 20 000 dem Bettel und weitere 20 000 dem Pauperismus verfallene gewerbliche Existenz. In Italien (Piemont) wurden 1743 unter 8500 Familien 3162 Almosenempfänger gezählt. In Wien mußten 1683 vor der Türkeneinigung über 7000 Bettler (= 40 Prozent der Bevölkerung) abgeschoben werden.

Jahrhundertlang und in allen Ländern war Massenarbeitslosigkeit von wenigstens einem Viertel bis zur Hälfte der Bevölkerung eine selbstverständliche Erwartung.

Man sah Massenarbeitslosigkeit und Massenelend geradezu als Zeichen hoher Kultur und großen Reichums an. Als ein Schriftsteller erklärte, ein Land sei umso barbarischer, je mehr Bettler und Elend sich dort jammelte, erklärte Voltaire: „Niel Bettel sei Zeichen höchster Zivilisation. Keine Stadt sei weniger barbarisch als Paris, aber in keiner Stadt gäbe es mehr Bettler.“ Darin steht insofern etwas Richtiges, weil nur dort, wo Reichtum sitzt, der Bettler Aussicht auf Gaben hat. Überall waren die Bettler zu einer solchen Landplage geworden, daß mit zahlreichen und strengen gesetzlichen Maßnahmen eingegriffen werden mußte. Zwischen 1700—1789 zählt die brandenburg-preußische Bettelfammlung über 50 Erlassen gegen das Bettler- und Bagaubundemwoesen. Die Formel, „der Bettel nehme je länger je mehr zu“, ist feststehende Nebensatz geworden. Um 1790 ist es so schlimm, daß Preisaustrütteln (so in Hamburg) erlassen werden mußten, um neue Wege zur „Erwehrung der Armut“ zu finden.

Wer heute schon nach 3—4 Jahren die Massenarbeitslosigkeit und das Massenelend zu einem Problem wird, welches das ganze Volk bewegt, so muß man fragen,

warum eine viel größere Arbeitslosigkeit, die überdies Jahrhundertlang währt, keine auch nur annähernd gleiche Sorge ausgelöst hat.

Der Grund ist offenbar ein doppelter. Einmal hatte die mittelalterliche Welt des Abendlandes ihre feste Form, in welcher jedem sein Platz zugewiesen war, auch dem Arzts. Zweitens wird dieser Arzts die Existenz, wenn auch nicht gesichert, so doch in primitivsten Rahmen ermöglicht, und zwar durch die Caritas. Mittelalterliche Gesellschaftsordnung und Caritas sind nicht voneinander zu trennen. Die eine hat die Existenz der anderen erst ermöglicht; das Fehlen der einen oder andern hätte aus den sichtlich genügend vorhandenen sozialen Spannungen längst umwälzende revolutionäre Explosionen hervorbrechen lassen.

Könnten die Freiheit der Wissenschaften und die Gewissensfreiheit sichern. Die Kongreßteilnehmer erklären, ohne Rast arbeiten zu wollen, für die Verbreitung der Wahrheit über diese Gesetze, die durch eine höfliche reaktionäre Kritik der Propaganda schmäler verbleiben werden seien. Die der Bewegung nahestehenden Lintzblätter machen aus dem Kongreß „eine grandiose Kundgebung der Elsaß-Lothringischen Linken für eine Aktion gegen den Klerikalismus und für die Gewissensfreiheit“.

Unter den Katholiken Elsaß-Lothringens verschließt man nicht die Augen vor den Gefahren, die der kirchenpolitischen Tradition des Landes drohen, zumal die Laien sich glauben, auf die nachhaltige Unterstützung durch die Regierung rechnen zu können. Die starke Zersplitterung des elsässischen Katholizismus schwächt außerdem die Abwehrkraft in ungünstiger Weise. Trotzdem darf man hoffen, daß, wenn es ernst werden sollte, sich unter den Katholiken Elsaß-Lothringens wieder der gleiche Entrüstungsturm gegen einen Angriff auf die überkommenen Kirchen- und Schulverhältnisse erheben wird, der im Jahre 1924 Herrn Herrist veranlaßt. Diese hinter politischer Neutralität gesponnenen Pläne rechtzeitig erkannt und vorerst verhindert zu haben, ist das große Verdienst der katholischen politischen Polizei.

Der politische Polizeikommandeur Bahns, Pg. Himmel, hat den für kommenden Sonntag in München angestammten Katholischen Gesellentag verboten. Damit erfährt die Öffentlichkeit binnen weniger Wochen — nach dem Verbot der Mudermann-Versammlung — zum zweiten Male von einem Versuch, jene Volkskriege wieder zu sammeln, deren frühere Treue 14 Jahre das durchsichtige Machtstreben politisierender Geistlichen sicherte und offenbar jetzt, nachdem sich das ganze Volk geschlossen hinter die Regierung gestellt hat, wieder herhalten soll für den Beginn einer Aktion, deren Ideal alles andere als ein starkes und freies Deutschland ist. Diese hinter politischer Neutralität gesponnenen Pläne rechtzeitig erkannt und vorerst verhindert zu haben, ist das große Verdienst der katholischen politischen Polizei.

Der Artikel geht in denselben Gedankengängen dann weiter, um zu folgendem, festgedruckten Schluß zu kommen:

„Mit Religion und Katholizismus haben diese Bestrebungen heute genau so wenig zu tun wie im jüngsten System der Erzberger, Marx und Brüning. Wir beglückwünschen die bayerische politische Polizei, mit den Verbots der Mudermann-Versammlung und des Katholischen Gesellentages von vornherein eine reinliche Scheidung von Religion und politischer Geschäftsmacherei ermöglicht zu haben.“

\*

Solche Neuerungen sind für die Katholiken außerordentlich beachtlich. Herr Gustav Staehle kennt sicherlich das Thema, über das er schreibt, in keiner Weise; sonst könnte er das religiös-soziale, erzieherische Wesen des Katholischen Gesellentags, dieser Gründung eines katholischen Priesters, der selbst Handwerker war und die Not vor allem der Handwerksgesellen aus eigener Erfahrung kannte, nicht so total verkennen. Es geht nicht an, eine katholische Organisation, deren religiös-katholische, soziale Tendenzen auf der ganzen Welt Anfang gefunden haben, als eine verkappte politische Organisation hinzustellen.

## Einschreiten des Reichsfinanzministeriums gegen das Kasseler Notopfer.

ENB. Berlin. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hat das Reichsfinanzministerium heute das Erforderliche veranlaßt, um die Erhebung des Kasseler Notopfers, das in der Deffensivkraft viel besprochen worden ist, zu verhindern. Das Vorgerben des Reichsfinanzministeriums gründet sich auf § 2 des Finanzausgleichsgesetzes, wonach Steuern vom Einkommen nur vom Reich, nicht aber von Ländern und Gemeinden erhoben werden dürfen. Die Stadt Kassel hatte das Notopfer zwar als eine freiwillige Abgabe bezeichnet, gleichzeitig aber bekanntgegeben, daß jeder, der es nicht entrichtet, durch Maueranschlag öffentlich angeprangert werden solle.

## Ein neues Verbot.

Ein Vortrag des bekannten katholischen Bildhauer Prof. Dr. Hermann Madermann (der bekanntlich seinerzeit auch hier in Danzig vor allen Konfessionen gesprochen hat) über „Die Kasse im völkischen Staat“, der am 12. Juni abends im großen Hörsaal der Universität München gehalten werden sollte, ist verboten worden.

## Erklärung des Katholischen Gesellentages zum Horst-Wessel-Lied.

München, 9. Juni. Gelegentlich einer heute vom Katholischen Deutschen Gesellentag veranstalteten Kundgebung wies der Organisationsleiter im Katholischen Gesellverein Wimler-Klein auf Gerüchte hin, als hätten Gesellvereinsmitglieder das Horst-Wessel-Lied mit unterlegtem Text gesungen. Im Namen des Generalpräsidiums und der gesamten Gesellvereine betonte der Redner, daß es etwas in keiner Weise gebuhlt wurde, wenn es tatsächlich vorgekommen sein sollte. Der Gesellverein erklärte das Kampflied des großen deutschen Bewegung und würde sich nie dazu hergeben, es irgendwie zu missbrauchen. Sollte ein solcher Missbrauch trotzdem vorgekommen sein, so habe der Gesellverein nichts damit zu tun, und es würden alle Mittel angewandt, um Missbrauchen entgegenzutreten.

\* Schuhhändler festgenommen. In Schäßburg wurde ein Schuhopfer darauf aufmerksam gemacht, daß eine fremde männliche Person in der Oberstraße von Haus zu Haus gehe und Textilwaren zum Kauf anbiete. Der Beamte begab sich zur Oberstraße und bemerkte auch bald den Schuhhändler. Als dieser den Beamten erblickte, versuchte er fortzulaufen. Er wurde jedoch von dem Beamten eingeholt und zur Polizeiwache gebracht. Er wurde dort als der polnische Staatsangehörige S. aus Gdingen festgestellt, der zwei Pakete Stoffwaren bei sich führte und diese ohne behördliche Erlaubnis im Handel absetzen wollte. Über die Herkunft der Waren vermochte S. keine stichhaltigen Angaben zu machen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Waren irgendwo gestohlen wurden, was der Schuhhändler allerdings bestritt.

\* Verein für Hundefreunde. Der Verein der Hundefreunde für die Freie Stadt Danzig e. V. (D. C.) hielt am Donnerstag, dem 8. d. M., in seinem Klubheim Bischofsberg seine Monatsversammlung ab. Nach Verlesen der letzten Protokolle wurde zur Tagesordnung übergegangen. Neu aufgenommen wurden acht Mitglieder. Austritte waren zwei gemeldet. Sportfreund Engel hielt einen Vortrag über das Verhalten der Führer bei der Prüfung und das Arbeiten auf dem Übungspunkt, welcher allgemein Beifall fand. Nachdem unter Punkt Verschiedenes noch die am 25. d. M. stattfindende Schuhhundprüfung und Sonnenwendfeier besprochen waren, schloß der Vorsitzende O. Schmidt die Versammlung.

\* Ein weiterer Ausbau der Lagereinrichtungen in Gdingen wurde auf der letzten Sitzung des Hasenrates in Gdingen beslossen. In der Haupthalle von 200 Metern Quadratmeter für Holzlagerung und Holzumstieg, das mit seinem besonderen Gleisan schluss und Umstiegseinrichtungen versehen werden soll. Außerdem soll ein großes Transfotmagazin am Franzosenai gebaut werden und ein weiteres Heringslager an der Wismarstraße. Der Ausbau der Freihafenzone soll beschleunigt werden.

## Leichtathletische Kreismeisterschaften

Guter Sport

Werous zu den Kreismeisterschaften! Zeigt eure Leistungen! Wer die Aufgabe des Leichtathletikausschusses nicht reichlich fröhlich erfüllt! Erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit ist den Sportlern ihre diesjährige spezielle Sommertrainingszeit vergönnt gewesen. Und doch wurden Leistungen erzielt, die im allgemeinen den vorjährigen nichts nachstehen, in zwei Disziplinen waren sogar neue Kreisleistungen zu verzeichnen. Das sind die Erfolge restloser Winterarbeit und zeitig begonnener planmäßiger Sommertrainingsarbeit. Etwas anderes noch zeigten die Kreismeisterschaften. Die Deutsche Jugendkraft legt von Jahr zu Jahr einen Wert auf die Erhöhung der deutschen Jugend, doch jüngst auf breiter Basis, große Volksfesten sollen herangezogen werden und jeder soll Durchschnittssportler sein, soll Durchschnittsleistung erzielen. Kanonenkult lehnt sie ab. Den Segen ihrer Arbeit hat sie gewertet. Wenn die Leistungen keine Spitzenleistungen sind, das sollen sie auch nicht sein; aber die große Zahl der in den verschiedenen Disziplinen startenden Leichtathleten zeigte gleich ansprechende Leistungen. Zuerst schien der Wettergott es mit der Veranschaltung sehr gnädig zu meinen, wurde aber bald anderen Sinnes und nur zu häufig wechselten Regenschauer mit Sonnenchein. Die Organisation, die unter der Obhut des Oberlehrers Gerigk stand, klappte hervorragend, aber unter den Verhältnissen kann auch die beste Ein teilung Verzögerungen nicht vermeiden.

Der neue Kreisvorsitzende, Geistl. Studienrat Dr. Käseja, eröffnete die Veranstaltung. Sein Gruß galt den in so großer Zahl erschienenen aktiven Sportlern, der großen Zulaufermenge, insbesondere über dem bisherigen Kreisvorsitzenden Vilar Kroll sowie dem Leiter der Katholischen Jugend Danzigs, Dr. Muziol. Dr. Käseja gab den Beschluß des Kreisvorstandes bekannt, daß Vilar Kroll, der in unermüdlicher Anstrengung sich die Deutsche Jugendkraft bemüht hat und dem die Deutsche Jugendkraft ihr Ansehen und ihre gesamte Entwicklung hier im abgetrennten deutschen Danzig verdankt, zum Ehrenvorsitzenden des Kreises Danzig der Deutschen Jugendkraft ernannt worden ist. Dies als Zeichen der Anerkennung und Dankbarkeit für die Verdienste, die Vilar Kroll sich durch sein aufopferndes Vereitertisst um das Gehebe der Deutschen Jugendkraft erworben hat. Das Deutschlandleid leitete dann anfänglich zu den Freilüdungen und den sportlichen Wettkämpfen über. Im Verlauf der Kämpfe erfreute die Kreisriege mit ausgezeichneten Leistungen. Durch Lautsprecher wurden die Zuschauer über die erzielten Leistungen stets auf dem Laufenden gehalten.

Die Wettkämpfe brachten folgende Resultate:

100 Meter: 1. Hinske-Oliva 11,8 Sek.; 2. Knoblauch-Germania 11,9; 3. Pfeiffer-Ohra-Altschottland 12,2—200 Meter: 1. Hinske-Oliva 24,2 Sek.; 2. Heider-Ohra-Altschottland 25,3; 3. Baganowski-Germania 25,6. — 400 Meter: 1. Schimanski-Werder 51 Sek.; 2. Grzenkowitsch-Oliva 62,2; 3. Käseja-Langfuhr 64,7. — 800 Meter: 1. Laßkowitsch-Werder 2:12,1 Min.; 2. Franz Schlaß-Oliva 2:17,9—1500 Meter: Blubm-Broden 4:15,3 Min.; 2. Vorhards-Werder 4:47,7; 3. Drotowski-Oliva 4:47,9. — 3000 Meter: 1. Reinhold Hallmann-Oliva 10:26 Min.; 2. Vorhards-Zoppot 10:36,5; 3. Adolf Hallmann-Oliva 10:55,3. — 4 mal 100-Meter-Staffel (Kreisbestleistung): 1. Oliva 9:17,6; 2. Werder 9:32,2. — Schuhendstafel (2. Rennklasse): 1. Langfuhr 2:24,4 Min.; 2. Broden 2:25,5; 3. Zoppot 9:34 Min. — Augelflossen: 1. Resmerowski-Germania 9,29 Meter; 2. Hinske-Oliva 9,13; 3. Rosen-garten-Schäßburg 8,52. — Speerwurf: 1. Franz Schlaß-Oliva 32,70 Meter; 2. Bernhard Schröder-Werder 32,20; 3. Libiowski-KR 28,80. — Diskus: 1. Rosen-garten-Schäßburg 26,30 Meter; 2. Baganowski und Libiowski (beide KR) 25,90; 3. Resmerowski-Germania 24,90. — Keulenwurf: 1. Libiowski-KR 57,05 Meter; 2. Bernhard Schröder-Werder 53,90; 3. Rosen-garten-Schäßburg 52,65. — Weitsprung: 1. Sifor-Ohra-Altschottland 5,28 Meter; 2. Laßkowitsch-Oliva 5,21; 3. Hinske-Oliva und Paul Schröder-Werder je 5,15. — Hochsprung: 1. Rohde-Germania 1,57 Meter; 2. Tischler-Germania 1,56; 3. Ostromowski-Oliva und Miske-Werder je 1,50. — Gelände-Bierkampf (100 Meter): Weitsprung, Kugelstoßen, beidarmig, Keulenwurf: 1. Libiowski-KR 211 Punkte; 2. Laßkowitsch-Oliva 195; 3. Bernhard Schröder-Werder 191. — Augel-stoßen, beidarmig: 1. Hinske-Oliva 15,38 Meter.
--

Eine Siegerehrung auf dem Platz beabsichtigt die nach allen Seiten hin wohlgelungene Veranstaltung. Auf das Fußballspiel A : B 5:1 (3:1) kommen wir morgen zurück.

## 150-Kilometer-Straßen-Nadmeisterschaften

Bruno Tonn (Einzelfahrer) Gaumeister 1933.

Der Bau Freie Stadt Danzig im Bund Deutscher Radfahrer führt am Sonntag seine Straßenmeisterschaft aus. Der Start war um 5 Uhr am Peitersagener Tor. Die Strecke führte über Ohra, Mätzau, Straßin, Birkenthal, Gr. Trampin, Gr. Golm, Sobbowitz, Hohenstein, Kriegs-kohl, Herrengräbin, Bums, Bogglass, zum Ziel Müllrodt. In Abständen von drei Minuten fand der Start statt. Bis auf zwei kleinere, leichte Stürze auf der schlüpfrigen Strecke Sobbowitz, nahm das Rennen einen guten Verlauf. Die vorjährige Zeit von 4 Std. 56 Min. konnte nicht verbessert werden. Der vorjährige Gaumeister Bruno Tonn vom R. B. Zoppot, mußte infolge Seitenstreife auf der ersten Runde aufgeben. Auch Stassowitsch mußte in der leichten Runde aufgeben. An aussichtsreicher Stelle lagen bis zur zweiten Runde Zander und Stassowitsch, beide vom Männer-Vichelle-Verein. Bei der dritten Runde, welche durch die Niederung führte, hatte Tonn einen Bruchsprung von etwa fünf Minuten, so daß ihm der Sieg sicher war. Tonn und Kluge bemühten zum ersten Male die in Deutschland und im Auslande gut bewährte Dreigangsschaltung. Besonders anzuverhören sind auch die Leistungen des Herbert Zood, welcher diese große Strecke auf einem Tourenrad fuhr, und nur 3½ Minuten hinter dem Gaumeister lag. In der zweiten Runde gelang es Kluge vom „Frisch auf“ die Spitzengruppe zu erreichen, fiel dann aber wieder zurück. Der Sieger Bruno Tonn erhielt neben dem Titel Gaumeister, einen Kranz mit Schleife, die Armbinde und eine vergoldete Medaille.

Ergebnisse: Bruno Tonn (Einzelfahrer), 5 Std. 17 Min.; 2. Joh. Kluge, „Frisch auf“, 5 Std. 20,21 Min.; 3. Herbert Zood, Danziger Radfahrer-Club von 1885; 5 Std. 20,37 Min.; 4. Horst Zander, Männer-Vichelle-Verein, 5 Std. 41 Min.; 5. Erich Thormann, „Frisch auf“, 5 Std. 42,30 Min.

## Veränderungen an den preußischen Hochschulen.

ENB. Berlin, 9. Juni. Der Amtliche Preußische Pressedienst teilt aus dem Bereich der Preußischen Hochschulverwaltung folgende Personalveränderungen mit:

Zum Rektor der Technischen Hochschule in Breslau ist der ordentliche Professor Wilhelm Rein ernannt worden.

Der ordentliche Professor an der Technischen Hochschule Berlin, Dr.-Ing. Gabriel Beder, ist auf seinen Antrag aus dem preußischen Staatsdienst ausgeschieden.

Der Assistent Dr. Konrad Richter ist von der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald als Privatdozent für Geologie und Paläontologie zugelassen worden.

Der Privatdozent Dr. Egermann ist beauftragt worden, in der Philosophischen Fakultät der Universität Greifswald im

Sommersemester 1933 die Vertretung des beurlaubten Professors Dr. Ziegler wahrzunehmen.

Der Assistent Dr. Karl Söller ist von der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin als Privatdozent für Chemie zugelassen worden

## Was erwartet Polen von der Weltwirtschaftskonferenz? Weitgehende Forderungen, aber geringes Entgegenkommen.

Die in den letzten Wochen in Polen gespülten lebhaften Diskussion der Probleme, welche die Weltwirtschaftskonferenz beschäftigen werden, erreichte auf der vom 18. bis 20. 5. 1933 in Warschau veranstalteten Tagung des durch den Regierungsbund einberufenen Kongresses der Polnischen Wirtschaft ihren Höhepunkt. Der Kongress hat ebenso wie die ihm voraufgegangene Debatte gezeigt, daß die Regierung und die maßgebenden Wirtschaftskreise Polens unentwegt weiter der Auffassung huldigen.

Polen habe nichts zur Wirtschaftskrise beigetragen und könne auch von sich aus zur Behebung der Krise nichts tun.

Auch ein von der Warschauer Industrie- und Handelskammer auf Grund einer Initiative des Ministeriums für Industrie und Handel gefasster programmatischer Beschluß deutet darauf hin, daß die polnische Delegation in London zu denjenigen Delegationen gehörte, die mit leeren, aber dafür um so offeneren Händen eintreffen werden. In diesem Beschuß werden die folgenden Forderungen aufgestellt: 1. eine internationale „Entschuldung“, 2. die Stabilisierung der Währungen, 3. die Aufhebung der Beschränkungen des Devisenhandels und 4. die „fakultative Rückkehr zum freien Umsatz und zur normalen Verteilung der Kapitalien“ sowie die freie Wanderungsmöglichkeit für menschliche Arbeitskräfte.

Die Durchführung dieses Programms würde Polen keine Opfer auferlegen, wohl aber ihm eine Reihe von Vorteilen bringen.

Von einer „internationalen Entschuldung“ kann Polen als Schuldnerland nur gewinnen. Die polnische Währung ist stabilisiert; aber die Ausfuhrwaren einer Reihe von Ländern mit entwerteter Währung machen dem polnischen Export empfindliche Konkurrenz. Der Devisenhandel unterliegt in Polen keinen Beschränkungen, wohl aber in einer Reihe wichtiger Abnehmerländer Polens. Als Kapitalgeber oder Beschäftiger fremder Arbeitskräfte kommt Polen nicht in Frage; wohl aber als Kapitalnehmer und Lieferant von Arbeitskräften. Dagegen erklärt die Kammer in demselben Beschuß, daß Polen sich für „Hindernisse der wirtschaftlichen Rüstungen“ wie z. B. durch einen Zoll-Waffenstillstand nur dann aussprechen solle, wenn das für den 11. 10. 1933 in Aussicht genommene Inkrafttreten des neuen polnischen Zolltarifs mit seinen größtenteils prohibtiven Zollerböllungen hierzu nicht berücksichtigt werden würde. Das Ministerium für Industrie und Handel macht kein Hehl daraus, daß auch diese letztere Formulierung durchaus seinen Intentionen entspricht.

Die Aufrechterhaltung der Goldparität der polnischen Währung auf Grund der zweiten Zlotyabschaffung von 1927 ist einer der elementarsten Grundsätze der Wirtschaftspolitik des gegenwärtigen Regimes in Polen.

Diesem Grundsatz sind in den letzten Jahren vor allem durch den von der Regierung geförderten systematischen Dumping-Export sehr bedeutende Opfer gebracht worden. Die polnische Regierung ist überzeugt, daß sie im Falle einer neuerlichen Entwertung des Zloty die Lage nicht in der Hand behalten würde und daß bei der besonderen Struktur der polnischen Wirtschaft alle Maßnahmen gegen Kapitalflucht, Gold- und Valutahesierung, Devisenamtern u. v. das Absinken des Zloty ins Bodenlose nicht aufhalten würden. Diese Bedenken sind um so größer, als in Polen der Staat durch seine Banken der weit aus größte Kreditgeber ist und daher der nächste und sicherste Verlierer bei einer Zlotyentwertung sein würde. Auf der anderen Seite übersteigen die Devisenbestände der Bank Polissi das gesetzliche Minimum von 30 Prozent um 15 Prozent und ist bei Fortdauer der gegenwärtigen Lage eine rasche Verminderung dieser Bestände nicht zu erwarten.

Der polnische Außenhandel ist seit dem Beginn der Krise in Polen dauernd aktiv.

Polen zeigt daher ein lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung und will sein Handelsvertragssystem nur insofern umstellen, als es in Zukunft seine Zugeständnisse fremden Staaten möglichst proportionalen Anteil an der polnischen Ausfuhr gewähren will.

An Kompensationsabkommen und Clearing- bzw. Verrechnungsverträgen besteht nur gegenüber solchen (vor allem überseelischen und Balkan-) Staaten Interesse, mit denen sich der Handel Polens passiv gestaltet oder die überhaupt als Abnehmer polnischer Waren auszufallen drohen.

Das Kompensations- und Verrechnungsprinzip als Grundlage der Außenhandelspolitik aber wird entschieden abgelehnt.

Da keine generelle Verwirrung der polnischen Ausfuhrüberschüsse und damit die Ausgänglichkeit der polnischen Zahlungsbilanz befürchtet müßte. Die Sorge um diesen Ausfuhrüberschüß ist es auch, welche die Regierung – von den großen Ein-

flüssen der Industrie auf das Regime ganz abgesehen – jede Herabsetzung der polnischen Industriezölle oder einen Abbau der Einfuhrverbote entschieden ablehnen läßt.

Hinter diesen Problemen

stehen für Polen die Preis- und Schuldenfragen am Bedeutung weit zurück.

Eine Preissteigerung durch inflatorische Maßnahmen lehnt die Warschauer Regierung entschieden ab. Das Institut für Konjunktur- und Preisforschung hat in seinem letzten Bericht der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß die Krise in Polen nur durch einen Wiederbeginn der Investitionstätigkeit, durch eine Belebung von der Produktions- und nicht der Verbrauchsseite her behoben werden kann. Ein aktuelles Problem der kurzfristigen Verschuldung Polens gegenüber dem Auslande, mit dem in London aufgeworfen werden könnte, besteht nicht.

### Die Handelsbilanzen der Ostsee-Staaten.

Die Handelsbilanzen der skandinavischen Länder und der Nordstaaten für das erste Quartaljahr 1933 zeigen folgendes Bild:

Schweden schließt mit einem Einfuhrüberschüß von 59,1 (82,0) Mill. Kronen. Einfuhr und Ausfuhr sind nur unwesentlich zurückgegangen. Die Gesamtausfuhr fiel von 276,8 auf 247,4 Mill. Kronen, die Gesamtausfuhr von 194,8 auf 187,3 Mill. Kr. Von den Veränderungen im Außenhandel wurden hauptsächlich England und Deutschland betroffen. Der Handel mit Deutschland wurde beschränkt, der Wirtschaftsaustausch mit England zu fördern gesucht. Der schwedisch-englische Außenhandel schließt mit einem Plus von Mill. Kr. zugunsten von Schweden.

Die dänische Einfuhr beträgt 288,3 (313,7) Mill. Kr., die Ausfuhr 273,9 (284,7) Mill. Kr. Die dänische Einfuhr aus Deutschland fiel im März von 28,6 auf 24,8 Mill. Kr. Dagegen stieg die Einfuhr von England von 21,5 auf 29,1 Mill. Kronen. Norwegen hat für 152,8 (162,5) Mill. Kr. importiert; die Exporte stiegen von 137 auf 140,2 Mill. Kr.

Von den Randstaaten wird Lettland von der rücksichtigen Ausfuhr am stärksten betroffen. Sie sank im ersten Quartaljahr gegenüber der entsprechenden Zeit des Vorjahrs von 23 auf 13,8 Mill. Lat, während die Einfuhr nach Lettland mit 16,6 Mill. Lat (18,5) sich annäherte. Die lettische Handelsbilanz ist mit 3,8 Lat passiv; im ersten Quartaljahr 1932 konnte dagegen noch ein Plus von 4,5 Mill. Lat ausgewiesen werden. Estland hat eine leichte Passivität von 0,4 Mill. fast ausgelingen. Die Einfuhr wird mit 6,1 Mill. (8,6), die Ausfuhr mit 6,2 (8,2) Mill. Kr. bewertet.

Einen günstigen Abschluß verzeichnet Finnland, das für die Berichtszeit einen Exportüberschuß von 122,5 Mill. Finn. erzielt hat. Die Importe stiegen zwar von 506,4 auf 662,5 Mill. Finn., die Exporte konnten jedoch mit 785,0 Mill. Finn. (798,8) fast auf der gleichen Höhe gehalten werden. Finnland befindet sich, gemessen an der allgemeinen Lage der Ostsee-Staaten, relativ in günstigerer Position. So konnten Januar/März 1933 bereits 370 000 Säds. Holz für Lieferung im laufenden Jahre verkauft werden, während in der entsprechenden Zeit des Vorjahrs nur 185 000 Säds. abgegeben waren. Wenn auch für die weitere Entwicklung in der nächsten Zeit keine Prognosen gestellt werden können, so hat es doch den Anschein, als ob Finnland auch aus den englisch-russischen Gegenläufen profitieren sollte.

Während alle Ostseestaaten im allgemeinen eine bedingte Einfuhrdrosselung betreiben, steht Russland die Politik der unabdingbaren Drosselung aller Einfuhren fort, die im übrigen in der zweiten Hälfte des Jahres 1932 schon recht augenfällig wurde. Bisher liegen nur die Abschlußzahlen von Februar d. J. vor. Danach bezeichnet sich die Ausfuhr auf 35 Mill. Rubel (40,1), die Einfuhr ist jedoch von 52,5 auf 24,3 Mill. Rubel gesunken.

Der polnische Außenhandel ist seit dem Beginn der Krise in Polen dauernd aktiv.

Polen zeigt daher ein lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Meistbegünstigung und will sein Handelsvertragssystem nur insofern umstellen, als es in Zukunft seine Zugeständnisse fremden Staaten möglichst proportionalen Anteil an der polnischen Ausfuhr gewähren will.

An Kompensationsabkommen und Clearing- bzw. Verrechnungsverträgen besteht nur gegenüber solchen (vor allem überseelischen und Balkan-) Staaten Interesse, mit denen sich der Handel Polens passiv gestaltet oder die überhaupt als Abnehmer polnischer Waren auszufallen drohen.

Das Kompensations- und Verrechnungsprinzip als Grundlage der Außenhandelspolitik aber wird entschieden abgelehnt.

Da keine generelle Verwirrung der polnischen Ausfuhrüberschüsse und damit die Ausgänglichkeit der polnischen Zahlungsbilanz befürchtet müßte. Die Sorge um diesen Ausfuhrüberschüß ist es auch, welche die Regierung – von den großen Ein-

### Rückgang der Einnahmen der polnischen Eisenbahnen.

Nach den Angaben des Verkehrsministeriums betrug der Rückgang der Einnahmen der polnischen Staatsbahnen im Laufe von zwei Jahren auf dem Normalspurnetz die Summe von 116 Millionen Zloty, das sind 32 Prozent im Vergleich zu den Einnahmen aus dem Jahre 1930. Dieser Fehlbetrag wurde gedeckt durch eine entsprechende Verminderung der Ausgaben für den Betrieb der polnischen Eisenbahnen, die 119 Mill. Zloty betrug. Dies ermöglichte es, die Bilanz im Gleichgewichtsstand zu halten, trotz der Erhöhung der Ausgaben für Abzahlungen um 28 Mill. Zloty. Die Exploitation der Schmalspurbahnen, die besonders schwer unter der Wirtschaftskrise und der Konkurrenz des Kraftwagenverkehrs leidet, weist weiterhin einen Fehlbetrag auf, wie schon seit einer Reihe von Jahren.

Am 11. Juni 1933:

Schwed. D. „Borgholm“ (218) nach Halmstad mit Gütern (Bergenste). D. „Nordhild“ (426) nach Dünkirchen mit Holz (Södmann). D. „Rita Merst“ (515) nach Dyne mit Holz (Bergenste). Dtsch. MS. „Hans Peters“ (65) nach Alborg mit Getreide (Pam). Norw. D. „Lysfjord“ (493) nach Matmø mit Gütern (Behnke u. Sieg). Dtsch. D. „Nixe“ (325) nach Antwerpen mit Gütern (Wolff). Dtsch. D. „Consul Hoppe“ (877) nach Bordeaux mit Kohlen (Pollo).

Am 11. Juni 1933:

Schwed. D. „Borgholm“ (218) nach Halmstad mit Gütern (Bergenste). D. „Heinrich Podeus“ (1527) nach Kassel mit Gütern (Reinhold).

Schiffe, die in Danzig erwartet werden.

MS. „Mathilde“ (Bergenste). D. „Sigrid“ (Behnke u. Sieg). D. „Manby“ (Baltra). D. „Gibba“ (Baltra). D. „Navigator“ (Bergenste). D. „St. Jürgen“ (Lemn). D. „Erich Larzen“ (Behnke u. Sieg). D. „Baltonia“ (Corp.). D. „Evan“ (Bergenste). D. „Faz“ (Reinbold). D. „Dania“ (Behnke u. Sieg). D. „Theodor“ (Bergenste). D. „Sabis“ (Nord). D. „Stormarn“ (Bergenste). D. „Martha Hahn“ (Bergenste).

### Berliner Produktenmarkt

Vom 10. Juni 1933:

Märk. Weizen 192–194; Zituli 207,50; Tendenz: ruhig. Märk. Roggen 153–155; Zituli 168,75; stetig. — Braunerde —; Futter- und Industriegerste 165–175; stetig. — Märk. Hafer 136–140; Zituli 146,50; fester. — Weizenmehl 22,75 bis 27; ruhig. — Roggenmehl 20,75–22,88; ruhig. — Weizenkleie 8,70–9,00; stetig. — Roggenkleie 9–9,20; ruhig. — Bittergerber 23,50–28; — kleine Speiserüben 20–21. — Futtergerber 18–15. — Getreide 12,12–14. — Adersbohnen 12–14. — Widen 12–14. — Lupinen, blaue 9,50–10,00. — Lupinen, gelbe 12,75–13,00. — Trockenknödel 8,50. — Kartoffelflocken 13,10–13,30. — Allgemeine Tendenz: stetig.

### Danziger Getreidebörsen.

Letzte amtliche Notierung vom 2. Juni 1933.

Weizen, 128 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,60; Roggen, Export, ohne Handel; Roggen, Konsum 10,75; Gerste, frische 9,80–10,00; Gerste, mittel 9,25–9,50; Gerste, geringe 8,75–8,85; Hafer 8,40–8,75; Roggenkleie 6,40; Weizenkleie, grobe 6,40; Weizenmehl 6,60 Gulden.

Alles Großhandelspreise für 100 Kilogramm frei Waggon Danzig.

Nichtamtlich. Vom 10. Januar 1933.

Weizen, 128 Pfund 21,25; Weizen, 125 Pfund 20,75; Roggen 10,80; Braunerde 9,80–10,00; Futtergerste 9,00 bis 9,70; Hafer 8,40–8,80; Roggenkleie 6,30; Weizenkleie 6,45; Weizenmehl 6,65 Gulden per 100 Kilogramm frei Danzig.

Weizen hat im Preis leicht angezogen. Für gute Ware wird 22,00 Gulden franco Danzig bezahlt. Futtermittel ebenfalls fester.

Juni-Lieferung.

so proz. Roggenmehl 18,00 Gulden, Weizenmehl 0000 35,50 Gulden frei Bäckerei Danzig.

### Der Kurs für Reichsmark und Dollar

Der Kurs für Reichsmarknoten bei der Bank von Danzig ist heute 121,76 Gulden (Geld) und 122,00 Gulden (Brief).

Im Freiverkehr: Reichsmarknoten: 114,50 bis 117,00; Auszahlung Berlin: 119,00–120,00; Kabel New York: 4,18–4,22.

Danziger Devisen 10. 6. 9. 6.

Scheck Lond. Pfd. Sterl.	17,32	17,36	—	—
Auszahl. Lond. 1 Pfd. St.	57,44	57,56	57,45	57,56
Warschau 100 Zloty	—	—	—	—
New York 1 Dollar	—	—	—	—
Berlin 100 RM.	—	—	—	—
Paris 100 fr. Frank.	20,1550	20,1950	20,1650	20,2050
Helsingfors 100 fm.	—	—	—	—
Stockholm 100 Kr.	—	—	—	—
Kopenhagen 100 Kr.	—	—	—	—
Oslo 100 norw. Kr.	—	—	—	—
Amsterdam 100 hfl.	—	—	—	—
Zürich 100 Franken	98,95	99,05	98,95	99,15
Brüssel/Antwerpen	—	—	—	—
100 Belga	71,33	71,47	—	—
Wien 100 Schilling	—	—	—	—
Prag 100 Kr.	—	—	—	—

Noten:	Poln. Noten 100 Zloty	57,46	57,58	57,46	57,57
Dollar-Noten I.	—	—	—	—	—
von 5–100 1 Dollar	—	—	—	—	—
Reichsmark (100 RM.)	—	—	—	—	—

Danziger Effekten In Danziger Gulden notiert 10. 6. 33 9. 6. 33

Festverzinsliche Wertpapiere:	—	—	—</th
-------------------------------	---	---	-------

Dienstag, den 13. Juni, 18 Uhr

F r a k t i o n s s i t z u n g .

Aenderung der Geschäftsordnung  
des Volkstages nach reichsdeutschem Muster.

Die Nationalsozialisten haben soeben für den neuen Volkstag einen umfangreichen Antrag auf Aenderung der Geschäftsordnung des Volkstages eingebracht, der sich genau an das Muster der von den Nationalsozialisten beschlossenen Geschäftsordnung des Reichstages anschließt. Gemäß diesem Antrag, der zweifellos angenommen wird, da die Nationalsozialisten die Mehrheit besitzen und einfache Mehrheit für die Annahme genügt, ist jeder Abgeordnete verpflichtet, „an den Arbeiten des Volkstages teilzunehmen“.

§ 2 besagt:

„Jeder Abgeordnete, der ohne Beurlaubung durch den Präsidenten einer Volkstagsitzung fernbleibt oder an einer namenslichen Abstimmung nicht teilnimmt, schlägt sich für 90 Sitzungstage von der Teilnahme an den Arbeiten des Volkstages aus; er verzichtet für die genannte Zeit bis zum Ablauf des letzten Auschlussfanges das Recht zur freien Fahrt, den Anspruch auf Erstattung von Fahrtkosten und den Anspruch auf Aufwandsentschädigung.“

Von sonstigen einschneidenden Bestimmungen seien erwähnt: Fraktionen soll es künftig nur mehr von sieben (bis zu fünf) Abgeordneten aufwärts geben, so daß es im neuen Volkstag nur mehr drei Fraktionen geben wird, nämlich Nationalsozialisten, Sozialdemokraten und Zentrum.

Neu ist § 91 c, der bestimmt, daß die Sitzungen der Ausschüsse nicht öffentlich sein sollen.

Ein Lebensmüde sprang in die Mottau.

Er wurde jedoch rechtzeitig gerettet.

Heute Nacht kurz vor 1 Uhr sprang von der Grünen Brücke eine männliche Person in die Mottau, deren Personalien noch nicht festgestellt werden konnten. Der Ingenieur Kling, Neugarten 8 wohnhaft, hatte den Vorfall jedoch bemerkt; er entledigte sich rasch der Oberkleider und sprang mit einem Rettungsring, den er von dem an der Grünen Brücke ankernden Dampfer „Paul Beneke“ geholt hatte, dem Lebensmüden nach. Erst nach mehreren vergeblichen Tauchversuchen gelang es ihm, den Ertrinkenden zu fassen und an Land zu bringen. Sofort angeholt wurde die Person und auf Handelsverträgen zu verzichten. Durch diesen Entschluß wird der bisherige Zustand beibehalten, daß die Vereinigten Staaten bei allen internationalen Verhandlungen eine viel geringere Bewegungsspielraum für die Wirtschaftsbeziehungen ergeben.

Familiennachrichten.

Standesamt I Danzig.

Todesfälle: Meller Bernhard Klar, 31 Jahre. — Ehefrau Auguste geb. Kärtchen, 38 Jahre. — Tochter des Schlossers Bruno Schulz, fast 6 Jahre. — Schlossermeister Otto Fromm, 61 Jahre. — Ehefrau Auguste Wenzel geb. Rombach, 48 Jahre. — Ehefrau Meta Treppner geb. Wilm, 26 Jahre. — Rentenempfängerin Julianne Albrecht geb. Lange, 74 Jahre. — Uhrmacher Arthur Harder, 74 Jahre.

„Wäsche — Waschen — Wohlergehen“

Ein Film der Persilwerke.

Vor einem geladenen Publikum stand am Sonntag vormittag im Ufa-Palast die hiesige Erstaufführung eines großangelegten Filmwerkes statt, das die Persilwerke (Firma Henkel u. Cie., A.-G. Düsseldorf) durch die führende deutsche Filmproduktion der Ufa unter dem Titel „Wäsche — Waschen — Wohlergehen“ herstellen ließen.

Ein reiner Reklamefilm also, so wird so mander sagen. Worauf man nur die Antwort ertheilen kann: Nein! Denn dieser Film ist ein ganz neuer Filmtyp, den man keineswegs in die Reihe der üblichen Reklamefilme einsetzen kann. Gewiß auch er bietet zweifelsohne dem Werbegedanken, aber in einer ganz anderen Form, als man es bisher gewohnt war. Zu der Werbung tritt nämlich bei ihm zugleich die Belehrung, also Dienst an der Allgemeinheit. Und was ihn dann weiterhin noch hervorhebt und auszeichnet, das ist die filmische Form, in der Werbung und Belehrung uns nahegebracht werden. Erreicht wird dies durch zweierlei filmische Mittel, durch Werkaufnahmen und durch die geschickte Einbeziehung einer Spielszene.

Den Hauptteil des Films füllt naturgemäß ein Rundgang durch die als großzügig und modern in ganz Deutschland bekannten Anlagen der Henkel-Werke in Düsseldorf aus. Vorblätter, Fabrikarchitektur, neuzeitliche Anlage, Einrichtung und Ausstattung der Werkstätte, Bilder, mustergültiger sozialer Arbeit im modernen Großstadtbetriebe und fabrikatorische Technik in höchster Vollendung geben ein vor treffliches Bild deutscher Arbeit. Diese grandiosen Industrieaufnahmen werden weiterhin durch einen belehrenden Teil, der über die Anwendung der bekannten Henkel-Erzeugnisse Persil, Henko-Bleichsoda, Sil, Alta und Umi in erschöpfernder und dabei kurzweiliger Art unterrichtet, aufs beste und geschickt ergänzt.

Eine geschickte Ergänzung zum Nutzen der Werbung und Belehrung ist aber auch die Spielhandlung, die diesmal gar nicht wohlaufend dem Ganzen hinzugefügt ist. Sondern die wirklich ein Stück des Ganzen genannt werden muß. In einer Rahmenhandlung reich an Einwänden, Gegenüberstellungen und Charakterisierungen wirken so ausgezeichnete Darsteller wie Hedwig Wangel, Bob Wüst, Grete Reinwald, Paul Henckels, Fritz Alberti, E. Stahl-Nachbaur und noch einige andere mit. Nimmt man dann noch hinzu, daß Bilder vom Menschen in alter und neuer Zeit, die richtige Verhandlung farbiger Wäsche und viele Fragen häuslicher Reinigung und neuzeitlicher Gesundheitspflege in diesem Film gezeigt werden, so versteht sich wohl von selbst, daß man diesen Werbe- und Belehrungsfilm rubig eine Spitzleistung seiner Art nennen kann und daß man auf Grund der neuen Wege, die dieser Persil-Film bereist, nur den Wunsch äußern kann, daß diese neue Gattung von Industrie- und Werbefilmen ein Anreiz zur weiteren Erzeugung derartiger Filme sein möge.

\*

Wie wir erfahren, wird anschließend an die Premiere eine Reihe von Vorstellungen dieses Filmwerkes in den U.-C.-Kinospielen stattfinden. Die Einladungen zu diesen Vorführungen, in denen der Film nach und nach vor allem der gesamten Haushaltsschaft unserer Stadt geboten werden soll, werden zu gegebener Zeit persönlich erfolgen, so daß jedermann damit rechnen kann, den Film im Laufe der Zeit sehen zu können. Schon aus diesem Grund erübrigts sich ein unregelmäßiger Zuschlag. Eintritt können nur jeweils Personen mit gültiger Eintrittskarte finden.

# Amerika besteht auf Schuldenzahlung

Zahlungstermin bleibt der 15. Juni — Neue Hemmnisse für die Weltwirtschaftskonferenz.

Washington. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat an alle Schuldnerstaaten ein Schreiben gerichtet, in dem sie an die am 15. Juni fälligen Zahlungen erinnert. Diese Mitteilung, deren Text vom Schatzamt abgefaßt worden ist, ist durch Vermittlung des Staatsdepartements, das die Veröffentlichung seines Inhalts verweigerte, abgeschickt worden. Das Verfahren entspricht der bisher geübten Praxis.

Die internationale Politik des amerikanischen Präsidenten hat in der letzten Zeit durch starke parlamentarische Widerstände zu Leiden. Nach der ersten Begeisterung, die Roosevelt hochgetragen hatte, scheint es jetzt, als ob zwischen ihm und seinen eigenen Parteifreunden, besonders im Senat, beträchtliche Meinungsverschiedenheiten bestanden. Nachdem durch das Abgehen vom Goldstandard eine gewisse Belebung der Geschäftstätigkeit eingetreten ist, zeigen sich wieder deutliche Rückfälle in Folgerungen, die für Frankreich aus seiner Zahlungsverweigerung keinerlei Nachteile und für England aus seiner Zahlung keinerlei Vorteile entstanden sind. Um nicht den Eindruck eines Rechtsverzichts entstehen zu lassen, hat Roosevelt nun mehr in die Schuldnerländer eine Mahnung gerichtet, aus der er offenbar keine weiteren Konsequenzen ziehen will. Während England wenigstens über eine formale Zahlung mit Amerika verhandelt, muß es auffallen, daß der französische Ministerpräsident in seiner letzten außenpolitischen Rede das Schuldenproblem überhaupt nicht erwähnt hat. So haben sich am Vorabend der Weltwirtschaftskonferenz statt der erhofften Klärung neue Unklarheiten in den internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen ergeben.

## WAC-Straßenmeisterschaft.

30 000 Zuschauer. — Fritz Bouwain-Königsberg gewinnt die Meisterschaft.

Das große motorsportliche Ereignis des Freistates Danzig, die am Sonntag zum 12. Mal ausgefahrene WAC-Krautstrassenmeisterschaft von Danzig und die mit ihr verbundene Rennen für Auswärtsfahrer auf der 33,5 Kilometer langen Rundstrecke bei Praust, hatte wieder ausgezeichneten Besuch, waren doch mehr als 30 000 Zuschauer erschienen, unter ihnen als Ehrengäste der stellvertretende Gauleiter der NSDAP, Greif, und der Kommandeur der Schutzpolizei. Einige Regenwetter während der Rennen hatten auf das ausgezeichnete sportliche Ergebnis keinen Einfluß. In der Hauptläufe konnten leider nicht alle Fahrer ihren Startverpflichtungen nachkommen, da einige von ihnen in der Woche vorher schwer Unfälle erlitten hatten. Auch der Danziger Karl Peters war kein ernsthafter Konkurrent, da er noch am Vormittag des Rennens starb. Lediglich drei Fahrer begaben sich auf die 270,4 Kilometer lange, acht Mal zu durchfahrende Rundstrecke. Die Straßenmeisterschaft von Danzig gewann der in Danzig nun schon außerordentlich populäre Fritz Bouwain (Königsberg) auf VWB, vor Fergus Anderson auf Imperia. Bouwain fuhr einen Stundendurchschnitt von 116,356 km und verbesserte damit sehr erheblich den bisher auf 106 km stehenden Rekord. Bei den Solomotoren nicht über 350 ccm (270,4 Kilometer): 1. Loof (Imperia) in 2 Std. 23 Min. 36 Sek., 105,625 km. Bei Wagenmotoren über 600 ccm (202,8 Kilometer): 1. Strehler (Harley) in 2 Std. 36 Min. 29 Sek., 77,759 km. Kilometer. Bei Wagenmotoren nicht über 600 ccm (169 Kilometer): 1. Bruno Biemer (Ariel) in 1 Std. 59 Min. 44 Sek., 84,688 km.

## Lizenzfahrer.

Solomotoren nicht über 1000 ccm (270,4 Kilometer): 1. Fritz Bouwain (VWB), in 2 Std. 19 Min. 26 Sek. 116,356 km; 2. Fergus Anderson (Imperia).

Solomotoren nicht über 350 ccm (270,4 Kilometer): 1. Loof (Imperia) in 2 Std. 23 Min. 36 Sek., 105,625 km; 2. Knees (Ardi Rap); 3. Degener (Norton).

Bei Wagenmotoren über 600 ccm (202,8 Kilometer): 1. Strehler (Harley) in 2 Std. 36 Min. 29 Sek., 77,759 km. Kilometer. Bei Wagenmotoren nicht über 600 ccm (169 Kilometer): 1. Bruno Biemer (Ariel) in 1 Std. 59 Min. 44 Sek., 84,688 km.

## Ausweifahrer.

Solomotoren nicht über 1000 ccm (202,8 Kilometer): gestartet 8, beendet 3. 1. Fedke (VTS) in 2 Std. 10 Min. 1 Sek., 93,588 km; 2. Nidell (Calthorpe); 3. H. Kriechwitz (Sunbeam).

Solomotoren nicht über 350 ccm (169 Kilometer): 1. Runge (Dunelt) in 1 Std. 36 Min. 6 Sek., 84,412 km.

Bei Wagenmotoren nicht über 600 ccm (135,2 Kilometer): 1. Runge (Dunelt) in 1 Std. 36 Min. 6 Sek., 84,412 km.

Solomotoren nicht über 200 ccm (101,4 Kilometer): 1. A. Kriechwitz (Triumph) in 1 Std. 21 Min. 23 Sek., 74,757 km.

\* Hafenbeden gesperrt. Auf Wunsch der polnischen Regierung wird der südliche Teil des Hafenbedens auf der Westspitze wegen Einfassens und Verladen von nicht-explosivem Kriegsmaterial am 12. Juni 1933 früh für den Handelsverkehr gesperrt.

\* Vor dem Ertrinken gerettet. Am Sonntag nachmittag geriet der Friesenlehrling Kurt B., der in der Nähe des Bades Heubude etwa 120 Meter weit in die See hinausgeschwommen war, wohl infolge eines Schwächeanfalls, in die Gefahr des Ertrinkens. Der Schwimmlehrer Kurt Ruschewitz und der Kriminalassistent Görner, die vom Strand aus dies bemerkten, retteten ihn und brachten ihn ans Ufer. Mit dem Sanitätsauto wurde er dann in die elterliche Wohnung überführt.

\* Angefahren und verletzt. In Langfuhr auf der Hauptstraße wurde am Sonnabend abend die 11jährige Hedwig K. beim Überschreiten der Straße von einem Radfahrer, der vergebens auszuweichen versuchte und dabei stürzte, umgerissen. Sie erlitt beim Sturz Verstauchungen und Hautabschürfungen, konnte aber nach Anlegen eines Notverbandes in die elterliche Wohnung entlassen werden. — In Danzig wurde eine Frau Martha K. am Sonntag auf dem Karren in Mai beim Überschreiten des Fahrdamms von einem Motorradfahrer angefahren und ein Stück mitgeschleift. Während der Motorradfahrer heil blieb, trug die Frau schwere Verletzungen davon und mußte von der Sanitätswache Stützpunkt verbunden werden. In beiden Fällen ist die Schulfrage noch ungelöst.

\* Zwei kleinere Brände. Sonnabend Nacht wurde die Langfuhr Wehr nach Oliva gerufen, wo in Konradshammer in einer Gerätekammer ein Sack mit Stoff in Brand geraten war. Nach halbstündiger Tätigkeit konnte die Wehr wieder abrücken. Ein zweites Mal wurde die Langfuhr Wehr nach Oliva gerufen, wo in der Fliederstraße im Hause Nr. 46 in einer Räucherammer Gleich in Brand geraten war. Die Wehr brachte aber nicht mehr in Tätigkeit zu treten, da Einwohner das Feuer bereits gelöscht hatten.

## Deutschland im Davispol unterlegen.

Berlin, 10. Juni. Deutschland ist heute in der dritten Runde im Davispolwettbewerb 1933 von Japan ausgeschlagen worden. Am zweiten Tage des Treffens Japan: Deutschland auf den Rot-Weiß-Plätzen in Berlin gewann Japan durch Nuno-Sato auch das Doppel gegen von Tramm-Mourne: 6 : 2 : 6 ; 3 : 3 : 6 : 6 : 4 und damit den nötigen dritten Gewinnpunkt.

## Sommerwetter, aber unbeständig.

Übersicht: Der gestern über Mitteldeutschland gelegene Kern des Tieflandgebietes ist nach Holland gezogen und wird voraussichtlich weiter nordwestwärts ziehen. Der über Polen gelegene Kern hat sich ausgefüllt. Es ist noch mit der Bildung von kleinen Störungen zu rechnen. Im wesentlichen bleiben wir auf der warmen Seite des Tieflandgebietes.

Wettervorhersage für heute nachmittag: Wolkig bis heiter, vorwiegend trocken, warm.

Für Dienstag: Wolkig, zeitweise aufsichternd, warm, schwache Winde aus östlichen Richtungen, Gewitterneigung.

## Sommerwetter, aber unbeständig.

Übersicht: Der gestern über Mitteldeutschland gelegene Kern des Tieflandgebietes ist nach Holland gezogen und wird voraussichtlich weiter nordwestwärts ziehen. Der über Polen gelegene Kern hat sich ausgefüllt. Es ist noch mit der Bildung von kleinen Störungen zu rechnen. Im wesentlichen bleiben wir auf der warmen Seite des Tieflandgebietes.

## Sommerwetter, aber unbeständig.

Gesamtstrafe: Bruno Steffen.

Verantwortlicher: Für Kultur, Politik und Künstler:

Theater, Polen, Nachbargebiete, Vermischtes: Dr. Leo Hertel.

Für Sport, Freizeit, Nachrichten und Sport: Hans Lüke.

Für Anzeigen und Geschäftsbüros: Bruno Alberti.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.

Gesamtstrafe: 1. Greif, 2. Fergus Anderson, 3. Bruno Steffen.



# Skanowanie i opracowanie graficzne na CD-ROM :



ul. Krzemowa 1  
62-002 Suchy Las

[www.digital-center.pl](http://www.digital-center.pl)

[biuro@digital-center.pl](mailto:biuro@digital-center.pl)

tel./fax (0-61) 665 82 72

tel./fax (0-61) 665 82 82

**Wszelkie prawa producenta i właściciela zastrzeżone.**

**Kopiowanie, wypożyczenie, oraz publiczne odtwarzanie w całości lub we fragmentach zabronione.**

**All rights reserved. Unauthorized copying, reproduction, lending, public performance  
and broadcasting of the whole or fragments prohibited.**